Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1922

127 (9.5.1922) Erstes und Zweites Blatt

Visual Library

Bezugspreis: in Karlsruhe: in unserer Geschäftsstelle u. in uns. Ausgabestellen abgeholt monatlich Mk. 22.—, frei Haus geliefert monatlich Mk. 25.—; auswärts: durch unsere Agenturen bezogen Mk. 25.—; durch die Post einschl. Zustellungsgebühr Mk. 25. monatlich. Einzelverkauf 1.— Mk.
Postscheckkonto: Nr. 9547 Karlsruhe.
Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstr. 1.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen: Die 9gesp. Nonpareillezeile oder deren Raum 4.— M.; auswärts 5.— Mk.; Familienanzeigen u. Stellengesuche 2.80 Mk.; Reklamezeile 14.— Mk., an erster Stelle 16.— Mk. Rabatt nach Tarif. Anzeig.-Annahme b. 12 Uhr mittags; kleinere Anzeigen spätestens bis 4 Uhr nachm.
Fernsprechanschlüsse: Geschäftsstelle Nr. 203. Verlag Nr. 21 und 297. Schriftleitung Nr. 20 u. 894. Hauptschriftleiter Nr. 19.

Badische Morgenzeitung — Mit der Wochenschrift „Die Pyramide" — Badische Morgenpost

Beilagen: „Wirtschafts- und Handelszeitung" / „Turn- und Sport-Zeitung" / „Unterhaltungsbeilage" / „Literaturbeilage" / „Für die Frauen" / „Die Scholle"

Chefredakteur: Hermann v. Laer. Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhard; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Feuilleton: Hermann Welck; für die „Pyramide" Karl Joho; für Inserate: Heinrich Schriever. Druck u. Verlag: C. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion Dr. Richard Jügler, Berlin-Lankwitz, Mozartstr. 37. Telephon-Zentrum 423. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist. Sprechstunde der Redaktion 11—12 Uhr vormittags.

119. Jahrg. Nr. 127. — Dienstag, den 9. Mai 1922 — Erstes Blatt.

Oberschlesien, Völkerbund und Revision.

Von B. W. von Bülow.

Die Lösung der oberschlesischen Frage ist unbillig, kurzsichtig und unheilvoll. Sie verletzt das Rechtsgefühl. Der Feindbund hat in konsequenter Durchführung seiner Pariser „Friedens"-Politik den Gipfel des Unverstandes nahezu erklommen. Dies bedarf keiner weiteren Ausführung. In Deutschland wird aber — zu Unrecht — die Verantwortung für das Ultimatum betreffend Oberschlesien dem Völkerbund zugeschoben. Es wird diesem Rechtsbeugung u. a. m. vorgeworfen und behauptet, seine Unfähigkeit sei nunmehr offenbar, seine Parteilichkeit für alle Zeiten erwiesen. Diese ungerechte Verurteilung beruht auf einer falschen Einschätzung des Völkerbundes und der ihm übertragenen Pflichten. Sie trägt den wirklichen Vorgängen nicht Rechnung und beruht auf einer auch außerhalb Deutschlands häufigen Verwechslung zwischen Wilsons Friedensprogramm und dem Versailler Bunde. Sie verkennt ferner die Aufgabe, die dem Völkerbunde in diesem besonderen Falle gestellt war und die er gelöst hat.

Die Versailler Völkerbundssatzung erkennt ein Selbstbestimmungsrecht der Völker, das eine wichtige Waffe der feindlichen Kriegspropaganda war, nicht an. Als Ersatz dafür ist dem Bunde der Schutz der Minderheiten übertragen worden, ein Schutz von äußerst fragwürdigem Wert. Der Rat hat in der Praxis die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts, z. B. der Alandsinseln, ausdrücklich abgelehnt. Es bestand für ihn kein Grund, die Volksmeinung in Oberschlesien zu berücksichtigen.

Ferner hat der Völkerbund mit Recht und Gerechtigkeit gar nichts zu tun. Diese schönen Worte werden zwar immer im Munde geführt, um seinen Entscheidungen mehr Gewicht zu verleihen, gerade wie Urteile im Namen des Königs gefällt wurden, der auch nichts von ihnen wußte. Es handelt sich hierbei lediglich um eine Vorspiegelung, einen irreführenden Anklang an die Thesen Wilsons und die Aeußerungen der Kriegspropaganda. Recht und Billigkeit bilden nirgends die Grundlage der Bundessatzung. Nur in der Einleitung findet die Gerechtigkeit Erwähnung, was ganz ohne Bedeutung ist: die Einleitung soll nur an das erinnern, was hätte sein sollen. Die Wirklichkeit ist anders. Mit dem Recht befaßt sich der Völkerbund lediglich in der Gestalt des ständigen Internationalen Gerichtshofes, dessen Befugnisse eng begrenzt sind. Alle seine sonstigen Funktionen sind politischer Art. Das alte Spiel der Macht- und Interessepolitik wird nach etwas veränderten Spielregeln fortgeführt. Diese Tatsache wird gar zu oft übersehen. Viel zu viele denken noch immer an einen Völkerbund, wie sie ihn wünschen oder wie er vor der Pariser Friedenskonferenz der Welt verheißen wurde.

Mit der Lösung der oberschlesischen Frage ist der „Rat" in seiner Eigenschaft als Schiedsinstanz befaßt worden. Dieser Rat ist ein ausschließlich politisches Organ. Seine Maßnahmen und Entscheidungen haben mit Recht und Billigkeit gar nichts zu tun. Sie suchen nur den Schein der Gerechtigkeit zu wahren, um ihr Gewicht und Ansehen zu vermehren, wie dies von jeher üblich gewesen ist. Der Rat ist das Organ der alliierten Hauptmächte zur Beherrschung der Welt. In ihm ist die Machtstellung der Großmächte verankert worden, wie sie zur Zeit der Pariser Friedenskonferenz bestand, jener „Rechtstitel", der nach der zynischen Erklärung Clémenceaus von der Macht der 12 Millionen Bajonette abgeleitet wurde. Dem Rat ist gar nicht die Aufgabe gestellt worden, eine gerechte und billige Lösung der oberschlesischen Frage zu suchen. Er hatte lediglich einen Kompromiß zwischen der englischen und der französischen Auffassung zu finden. Frankreich wollte, daß Oberschlesien geteilt werde und daß Polen ungeachtet der Abstimmungsergebnisse einen möglichst großen Teil des Industriebezirkes erhalte. England verlangte, daß die wirtschaftliche Einheit des Industriegebietes gewahrt bleibe. Es galt, die beiden Forderungen zu vereinigen. Die Grundlinien der Entscheidung waren bereits vorgezeichnet, es handelte sich bei der endgültigen Regelung nur noch um Nüancen. Wenn das Uebergewicht der Franzosen in der Entscheidung deutlich zum Ausdruck kommt, so ist das nicht verwunderlich. Zwei Mitglieder der Viererkommission des Rates sind ja Botschafter in Paris, der dritte ist Belgier, der vierte hatte gerade um diese Zeit eine Anleihe in Frankreich unterzubringen. Von den vier Staaten, die in jener Kommission vertreten waren, haben drei gegen Deutschland Krieg geführt; der vierte ist Spanien, dessen marokkanische Sorgen durch Frankreich jeden Tag vergrößert werden können.

Der Rat hat die ihm gestellte Aufgabe vollständig gelöst. Er hat einen Kompromiß gefunden, der sowohl den französischen wie den englischen Forderungen Rechnung trägt. Daß es eine Lösung von Bestand sei, hatte niemand von ihm gefordert. Ebensowenig sollte sie einen Rechtsspruch darstellen, Billigkeit oder Zweckmäßigkeit berücksichtigen. Die Ansprüche Deutschlands oder Polens fielen kaum in die Wagschale. Dem Rat war auch nicht aufgegeben worden, sich an den Rahmen des Versailler Vertrages zu halten.

Der Feindbund zieht aus dem unbegründeten Vorurteil Nutzen, das den Namen des Völkerbundes mit Gerechtigkeit und Billigkeit verknüpft. Mit seinem Ultimatum hat er zweifellos den Versailler Vertrag verletzt. Die deutsche Regierung hat dies festgestellt und Verwahrung eingelegt. Der Oberste Rat hat diesen Protest zurückgewiesen und deutscherseits wurde es leider verabsäumt, eine Entscheidung des soeben neugeschaffenen Internationalen Gerichtshofes darüber zu beantragen, ob eine Vertragsverletzung vorliege. Diese Instanz des Völkerbundes wird aus Richtern gebildet, die nur das Recht als Richtschnur anerkennen sollen, nicht aber politische Motive oder die Weisungen des Obersten Rates. Hier wäre Deutschland Recht zuteil geworden. Außerdem hätte dieser Schachzug den Völkerbundsrat von dem Vorurteil entlastet, daß er seine Entscheidungen nach Recht und Billigkeit fälle.

*

Freunde des Versailler Völkerbundes und andere Leichtgläubige knüpfen noch immer gewisse Hoffnungen an den Artikel 19 der Satzung, der bestimmt, daß unanwendbar gewordene Verträge und internationale Verhältnisse, die die Aufrechterhaltung des Weltfriedens gefährden könnten, durch den Völkerbund nachgeprüft werden dürfen. Auf diesem Wege erwarten manche eine spätere Revision der Entscheidung über Oberschlesien und des Versailler Friedens überhaupt. In Genf ist zum erstenmal die Anwendung des Artikels 19 versucht worden. Dieser Schulfall ist für uns ungemein lehrreich. Bolivien hatte die Revision seines Friedensvertrages mit Chile vom 20. Oktober 1904 beantragt und diese Frage erschien auf der Tagesordnung der Konferenz. Hiergegen erhob bei der ersten sich bietenden Gelegenheit, am 7. September 1921, der chilenische Delegierte energischen Widerspruch. Er stellte fest, daß der Völkerbund unter gar keinen Umständen berechtigt sei, aus eigener Machtvollkommenheit über eine Revision von Verträgen und insbesondere von Friedensverträgen zu verhandeln. Hier solle ein verhängnisvoller Präzedenzfall geschaffen werden, der zu analogen Ansprüchen anderer Länder führen müsse. Bolivien mache geltend, daß der Vertrag mit Gewalt aufgezwungen wurde und daß der Vertragsgegner zahlreiche Bestimmungen nicht eingehalten habe. Die gleichen Gründe könnten angeführt werden, um die Verträge von Versailles und von St. Germain anzufechten. Nach diesem durchschlagenden Argument machte der Chilene — zu Unrecht — geltend, daß der Artikel 19 das Einverständnis beider Parteien voraussetze, die Entscheidung des Bundes anzurufen. Jedenfalls sei aber ein Beschluß, und laut der Satzung ein einstimmiger Beschluß erforderlich, um auch nur eine Erörterung der Frage herbeizuführen. Chile lege sein Veto dagegen ein, daß über diesen Punkt verhandelt werde.

Die Vertreter Boliviens machten dagegen geltend, daß Chile grundlegende Bestimmungen des genannten Vertrages nicht erfüllt habe, daß der Völkerbund die einzige Hoffnung ihres Landes sei und daß seine Kompetenz unzweifelhaft feststehe. Eine unglückliche Eingebung verleitete einen dieser Vertreter, der Versammlung, die bereits durch den Vergleich mit dem Versailler Vertrage gegen Bolivien eingenommen war, zu erklären: Es ist wahr, daß die Harmonie der Welt auf der Achtung und dem Bestand internationaler Verträge beruht. Chile hat aber kein Recht, diese Tatsache geltend zu machen. Die Verträge, die es nach einem ungerechtfertigten Eroberungskriege Bolivien und Peru auferlegt hat, gehören nicht zu denen, deren Erhaltung das Weltgewissen fordert. Diese Verträge haben nicht den Frieden herbeigeführt, sie haben den Streit verewigt, weil sie mit Gewalt aufgezwungen wurden und die unterlegenen Völker in einen Zustand der Abhängigkeit versetzt haben, mit dem diese sich niemals werden abfinden können.

Diese taktlose Beschreibung des (vergleichsweise sehr milden) Friedens von 1904 vervollständigte die Parallele mit den Pariser Friedensschlüssen. Sie zog Bolivien die Opposition sämtlicher Hauptmächte zu und gestaltete seine Sache völlig aussichtslos. Die bolivianischen Vertreter sahen sich infolgedessen genötigt, ihren Antrag zurückzuziehen. Der Fall ist lehrreich. Vor allem ist ganz klar, daß der Widerstand einer einzigen Macht, und diese wird sich immer finden, jeden Revisionsantrag Deutschlands zum Scheitern bringen würde. Zurzeit lehnt sogar eine gewaltige Mehrheit im Völkerbunde jedwede Vertragsrevision grundlegender Art ab. Bei einstimmiger Annahme würde sich dagegen der Apparat des Völkerbundes zur Durchführung der Revision erübrigen. Es ist deshalb zwecklos, Hoffnungen auf Genf zu setzen. Wir dürfen die Revision der Pariser Friedensschlüsse erwarten — auf anderen Wegen und mit anderen Mitteln. Wenn auch die heilige Allianz von Versailles Fragen von weltpolitischer Bedeutung nicht zu lösen vermag, so wird dadurch die Entwicklung nicht aufgehalten werden.

Kritische Stunden.

Die Konferenz von Genua macht kritische Stunden durch. Die Nachrichten, die gestern bis gegen Mitternacht zu erlangen waren, ließen keine sicheren Schlüsse auf die Entwicklung im Laufe des gestrigen Tages zu. Was man in Paris wünscht, ging aus Meldungen hervor, die gestern abend von Pariser Blättern verbreitet wurden. Einige Blätter ließen sich aus Genua melden, Lloyd George mache den Eindruck, als sei er schon zurückgetreten, und damit auch der Spott nicht fehlt, erfand ein Blatt dazu noch die schöne Geschichte, Mister Lloyd George wolle sich ins Privatleben zurückziehen, um seine Denkwürdigkeiten zu schreiben. ein Verleger habe ihm bereits 80 000 Pfund Sterling für das Buch geboten. Kurzum, die Pariser wünschen ihren Bundesgenossen Lloyd George ins Pfefferland.

Aus den Nachrichten, die aus Genua direkt kommen, läßt sich nur soviel mit Sicherheit feststellen, daß sich die Franzosen auf keine weiteren Verhandlungen mit den Russen einlassen wollen. Bei zwei Gelegenheiten betonte der Vorsitzende der französischen Abordnung, daß man von den Russen eine bestimmte Antwort mit Ja oder Nein erwarte und sich auf kein Ausweichen einlasse.

Die Polen hatten, wie gestern früh gemeldet, einen Antrag gestellt, die Konferenz auf bessere Zeiten zu vertagen. Die Engländer haben sich dem Antrag widersetzt. Einige Blätter ziehen daraus den Schluß, daß England der Auseinandersetzung mit Frankreich nicht aus dem Wege gehen wolle

Lloyd Georges Politik findet in England starken Widerstand. Das einflußreichste Blatt, die „Times", kämpft fest gegen die englische Politik in Genua an und fordert Erhaltung der Freundschaft mit Frankreich. Man spricht bereits von Kabinettswechsel. Es empfiehlt sich für uns, äußerst kritisch zu sein gegenüber allen Meldungen über englisch-französische Auseinandersetzungen, auch wenn die Pariser und Londoner Blätter noch so sehr aufeinander schimpfen. Es ist schwer zu sagen, wieviel Wahrheit und wieviel Mache und wieviel Bluff hinter diesen Auseinandersetzungen steckt.

Deutsche Vermittlungsversuche.

J. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedrahtet:

Der Zusammentritt des Reichstages wurde vom Aeltesten-Ausschuß für kommenden Mittwoch beschlossen und zwar auf dringendes Ersuchen des Reichskanzlers, der die Beschleunigung der Etatberatungen wünscht. Dr. Wirth beabsichtigte, noch im Laufe dieser Woche den Fraktionsführern und dem Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten Bericht über die Politik der deutschen Delegation in Genua zu erstatten. Die Reise Dr. Wirths, die schon für vergangenen Sonntag geplant war, wurde, wie bekannt, auf dringende Bitte Lloyd Georges um einige Tage verschoben, doch so, daß der Reichskanzler an seinem Reiseplan festhalten konnte. Durch die neueste Entwicklung in Genua aber, die mit der brüsken Ablehnung jeder Verständigung durch Barthou begonnen hat, ist es ganz unsicher geworden, wann die Reise nach Berlin stattfinden kann. Die Lage hat sich derartig verschärft, daß die Anwesenheit des Reichskanzlers in Genua unerläßlich ist. Sein Bleiben ist auch dadurch nötig geworden, daß am Sonntag abend Dr. Wirth begonnen hat, zwischen Lloyd George und den Russen zu vermitteln. Den Besprechungen mit dem englischen Ministerpräsidenten sind mehrere Konferenzen Dr. Wirths mit den Russen gefolgt. Auch gestern noch war der deutsche Reichskanzler bemüht, eine Annäherung zwischen dem russischen und dem englischen Standpunkt herbeizuführen. Die deutsche Politik in dieser Angelegenheit ist klar. Die Haltung der Russen hat die Gefahr heraufbeschworen, daß nicht mehr französische Starrköpfigkeit, sondern russische Unnachgiebigkeit die englische Politik erschwert und die Konferenz zum Scheitern bringt. Es liegt im deutschen Interesse, daß es zwischen England und Rußland nicht zum Bruch kommt. Bricht die Konferenz von Genua zusammen, so muß es so geschehen, daß niemand anders als Poincaré die Schuld trägt. Wenn es dem Reichskanzler gelingt, Engländer und Russen einander näherzubringen, und wenn Poincaré trotzdem darauf besteht, seine Obstruktion gegen die Konferenz und gegen eine Verständigung mit den Russen fortzusetzen, dann ist für Lloyd George der Weg zu einem Sonderabkommen mit Rußland und mit Deutschland frei.

Einmarschvorbereitungen.

b. **Frankfurt**, 9. Mai. (Eig. Drahtber.) Viele Anzeichen sprechen dafür, daß die Pfalz von Frankreich als Aufmarschgebiet für die Aktion benützt wird, die Poincaré gegen Deutschland plant. Aus dem Saargebiet wird gemeldet, daß dauernd Militärzüge mit Infanterie, mit Maschinengewehr und Artillerieabteilungen durchfahren. Bei Zweibrücken hat sich in den letzten Tagen ein großes französisches Heerlager gebildet. Man glaubt, aus den Vorbereitungen erkennen zu können, daß ein Zielpunkt des Vorstoßes Mannheim ist.

Ein russisch-tschechischer Vertrag.

b. **Paris**, 9. Mai. (Eig. Drahtber.) Pariser Blätter melden aus Genua, daß Tschechien mit den Russen einen Sondervertrag abgeschlossen habe, der dem deutsch-russischen Vertrag ähnlich sei.

Die geplante Pariser Reise des Reichsfinanzministers.

b. **Berlin**, 9. Mai. (Eig. Drahtber.) Die Reise des Reichsfinanzministers Dr. Hermes nach Paris ist nun fest beschlossen, aber wann er abfährt, ist noch nicht sicher. Der Zeitpunkt hängt von den Anweisungen des Reichskanzlers ab.

Italien und Rußland.

b. **Rom**, 9. Mai. (Eig. Drahtber.) Das römische Blatt „Tribuna" bringt heute folgende Meldung: Wenn die Konferenz scheitere, werde Italien einen Sevaratfrieden mit Rußland schließen, und zwar aus folgenden Gründen: 1. weil Italien sich gegenüber Rußland in anderer Lage befinde als die anderen alliierten Mächte und weil es nicht immer Neigung habe, Diener der Geldinteressen anderer zu sein; 2. weil das italienische Parlament bereits mehrfach für die Anerkennung Rußlands und für die Wiederaufnahme der italienisch-russischen Handelsbeziehungen gestimmt habe; 3. weil Italien neue Absatzmärkte und neue Märkte zum Kauf von Rohmaterial brauche.

Bulgarien.

Genua, 8. Mai. Die bulgarische Delegation hat der Konferenz eine Darlegung der bulgarischen Finanz- und Wirtschaftslage eingereicht, die folgende Wünsche enthält:

1. Zahlungsaufschub bezüglich der finanziellen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag.
2. Erlangung eines Ausgangs nach dem ägäischen Meere, um direkte Handelsbeziehungen zu Europa wieder aufnehmen zu können.
3. Anwendung der Klausel des Friedensvertrags bezüglich der Minderheit auf Bulgarien, um den bulgarischen Flüchtlingen die Rückkehr in die Heimat zu ermöglichen und die bulgarischen Staatsfinanzen zu entlasten.
5. Gewährung eines ansehnlichen internationalen Kredits.

*

Selbstmord des Oberbürgermeisters von Glogau.

Glogau, 8. Mai. Oberbürgermeister Sötbeer ist in der Nacht vom Sonntag freiwillig aus dem Leben geschieden. Er war nach 15jähriger erfolgreicher Verwaltungstätigkeit in der Zeit nach dem Kriege schweren Angriffen ausgesetzt, die er nicht mehr ertragen zu können glaubte.

Ein Blick hinter die Kulissen.

(Von unserem Pariser Mitarbeiter.)

Paris, 7. Mai. Herr Gaston Doumergue ist Vorsitzender der radikal-sozialistischen Partei. Als solcher hat er der jetzigen Regierung Poincaré erbitterten Kampf angesagt. Bei den Generalratswahlen, die in der Hälfte des Landes in acht Tagen stattfinden sollen, haben sich Radikale und Reformsozialisten — Eingeweihte behaupten sogar, daß die Kommunisten der Kombination nicht ferne stehen — zu einem einzigen „Block der Linken" zusammengeschlossen und marschieren gegen den Block der Rechten, den Block Poincarés. Die Blätter der radikalen Partei greifen tagtäglich die Regierung Poincaré aufs Heftigste an; so gewährte vor einigen Tagen die „Ere Nouvelle" einem Artikel der alten Kommunistin Séverine kommentarlose Aufnahme, der in mehr denn einer Beziehung unsere Aufmerksamkeit verdient. Es heißt dort u. a.:

„Als Poincaré zum Präsidenten der Republik gewählt wurde, erscholl in der gesamten unabhängigen Presse der Ruf: Poincaré c'est la guerre", Poincaré, das ist der Krieg! In der Tat, die „göttliche Minute" kam. Poincaré hatte gehandelt . . . Ein anderer hätte sich zurückgezogen in die Einsamkeit, hätte von der Natur, der Kunst, den Reisen, der verzeihenden Wandelbarkeit der Menschen das beruhigende Vergessen gesucht. Aber er hätte es ohne Zweifel nicht

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

gefunden. Er hat nicht einmal gewußt, sich für eine kurze Zeit die dezente Zurückgezogenheit aufzuerlegen, derer sich alle seine Vorgänger beflissen. Er mußte reden, schreiben, sich zeigen. Man möchte sagen, er sei von einem innern Dämon besessen, eine fixe Idee beherrschte ihn; so verfolgt ihn bis in das Geheimnis seiner Träume das folternde Gespenst . . ."

Der Artikel schließt mit dem Schlachtruf: „Nieder mit Poincaré — dem Krieg!" So stehen die Radikalen zu Poincaré im Innern, in den Zeitungen, vor dem Ausland, in der Wahlkampagne. Sehen wir uns nun einen Augenblick in den verschwiegenen Wandelgängen der Kammer um. Herr Gaston Doumergue, Vorsitzender der radikalen Partei und Präsident des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, hatte am Freitag die in Paris weilenden Mitglieder dieses Ausschusses — 16 von 35 folgten dem Rufe — zu einer außergewöhnlichen Sitzung zusammenberufen. Ich hatte Gelegenheit, mit einem intimen Freunde Doumergues über die Beratungen und gefaßten Beschlüsse zu sprechen. Er teilte mir folgendes mit:

„Die Senatoren befaßten sich zunächst mit der Lage in Genua. Nach einem anregenden Meinungsaustausch konnte der Präsident feststellen, daß die versammelten Mitglieder des Ausschusses einstimmig die Politik Poincarés billigten. Belgien dürfe in keinem Falle im Stich gelassen werden. Frankreich werde nie einen Text unterzeichnen, gegen den der Verbündete das leiseste Bedenken habe. Eine weitere Frage bildete die geplante Zusammenkunft des Obersten Rates vor dem 31. Mai. Diese Zusammenkunft dürfe unter keinen Umständen in der Umgegend der verpesteten Luft Genuas stattfinden. Sie ist überhaupt zwecklos. Deutschland kenne seine Verpflichtungen, es beständen darüber bestimmte Texte; warum vorher im leeren Raum debattieren? Es wäre dies ebenso töricht, wie wenn man nach diesem Datum untätig bleiben wollte. Was die Sanktionen angeht, so wurde abermals festgestellt, daß zu ihrer Ausführung keinerlei außerordentliche Maßregeln getroffen zu werden brauchen. (Das ist nicht richtig: ich kann aufs Bestimmteste versichern, daß schon jetzt mehrere Divisionen auf Kriegsstärke gebracht worden sind.) Zum Schluß sprach sich der Ausschuß für eine Politik der Festigkeit ohne Brutalität aus."

Ich möchte, zur Belehrung der Deutschen, wie in Frankreich Politik gemacht wird, auf die Haltung Doumergues, auf die Haltung der radikalen Partei überhaupt einerseits im Senat und häufig genug schon in der Kammer, anderseits vor dem Ausland (Presse) und den Wählern hinweisen. Man täusche sich nicht: auch ein Sieg des neugeschmiedeten „Blocks der Linken" bei den Generalratswahlen würde keine nennenswerte Aenderung in der französischen Außenpolitik bewirken.

Oesterreich in Genua.

(Von unserem Wiener Berichterstatter.)

Die Rolle, die Oesterreich in Genua spielt, kann naturgemäß nur eine bescheidene sein. In den weltbewegenden Fragen, die die Großmächte berühren, hat Deutschösterreich weder die Möglichkeit, noch die Absicht mitzusprechen. Es muß schon zufrieden sein, wenn es dort zu Worte kommt, wo seine Interessen besonders in Betracht kommen, daß es Sitz und Stimme in der Unterkommission für Kreditfragen erhielt. Freilich bemühten sich die österreichischen Unterhändler, da in Genua die Signatarmächte des Vertrages von St. Germain zusammensitzen, daß Deutschösterreich endlich einmal von der furchtbaren Fessel des Generalpfandrechtes über seine sämtlichen Aktiven befreit werde, eine Maßnahme, die bisher verhinderte, daß Deutschösterreich von privater Seite Kredit erhielt. Bekanntlich haben England, Italien, Frankreich und die Vereinigten Staaten bereits auf dieses Generalpfandrecht für 20 Jahre Verzicht geleistet, desgleichen viele kleinere Staaten. Schon hatte es den Anschein, als ob diese Hypothek, die für niemand einen realen Wert bedeutet, endgültig fallen würde, da zeigte sich, daß wo immer in der Welt die Großen und die Kleinen ihre Händel treiben, Deutschösterreich sicher dabei aus den Ungelegenheiten nicht herauskommt, trotzdem es mit dem Streitgegenstand selbst entweder gar nichts oder nur sehr entfernt zu tun hat.

Das konnte man in Genua in mehrfacher Weise beobachten. Schon glaubte man, daß das Generalpfandrecht auf 20 Jahre gestundet werde, da erklärten die Mitglieder der Kleinen Entente, Rumänien, Jugoslawien und die Tschechoslowakei, daß sie ihre Zustimmung hierzu nur dann geben könnten, wenn ihnen gleichzeitig die Große Entente auch die „Befreiungsschuld" nachsehe, die sie den Mitgliedern der Kleinen Entente auferlegt hatte. Die Große Entente stellte sich nämlich im Frieden von St. Germain auf den Standpunkt, daß die Staaten der Kleinen Entente, die selbständig geworden sind, hierfür auch einen Teil jener Opfer an die Große Entente abstatten sollen, die diese zu ihrer Befreiung gebracht habe, zumal diese Nachfolgestaaten die besten Teile des alten Oesterreich erhalten haben. Dafür herrschte natürlich bei der Kleinen Entente wenig Begeisterung und so soll die Not Deutschösterreichs den Vorspann bilden, damit die Kleine Entente nichts zu zahlen braucht. Die österreichischen Unterhändler in Genua sind nunmehr bemüht, diesen Stein aus dem Wege zu schaffen.

Ein anderer Fall: Für Deutschösterreich sowohl wie für alle Nachbarstaaten wäre die möglichste Freiheit des Verkehres, die endliche Beseitigung der Schikane der Ein- und Ausfuhrverbote von größter Wichtigkeit. Die Konferenz von Portorose hat hier gute Vorarbeit geleistet. Die Rivalität zwischen Jugoslawien und Italien hat jedoch bisher die Ratifizierung dieses Abkommens verhindert und so kommt Oesterreich abermals zum Handkuß.

Am krassesten aber liegt der Fall mit Ungarn. Dieses soll nach dem Frieden von Trianon 28 000 Stück Rinder an Italien, Jugoslawien und Rumänien abliefern. Ungarn sträubt sich und hat bisher allerdings vergeblichen Protest sowohl bei der Reparationskommission wie in Genua geführt. Da alles nichts fruchtete, so sperrte es die Viehausfuhr nach Deutschösterreich, um durch die dadurch entstehende Not einen Druck auf die Mächte auszuüben. Die Folge dieses Vorgehens ist eine ungeheure Verteuerung des Fleisches in Wien und, da die Bevölkerung sich infolge dessen den Fleischgenuß kaum mehr leisten kann, die Verteuerung aller Lebensmittel, die als Ersatz für Fleisch dienen können. Zwar ist Ungarn nach dem Friedensvertrag verpflichtet, die Ausfuhr nach Deutschösterreich nicht zu erschweren, sondern sogar direkt zur Belieferung Deutschösterreichs verpflichtet. Allein wie man sieht, existieren in der Praxis für Deutschösterreich nur die Nachteile sämtlicher Friedensverträge.

Unterdes nimmt die Kaufkraft der Krone immer mehr ab. Die Regierung sieht sich genötigt, nicht nur die Steuern hinaufzuschrauben, sondern hat auch die Zölle kurzerhand auf das tausendfache (!) Ausmaß des Friedensstandes erhöht. Aber dies sind lauter Mittel zweifelhafter Natur und die Panikstimmung der Bevölkerung will nicht weichen. Versprechungen hat es in Genua wiederum für Deutschösterreich genug gegeben, es wäre höchste Zeit, endlich einmal Taten der hohen Mächte für das vielgeprüfte Land an ihre Stelle zu setzen. Dr. H. N.

Der Eisenbahnerstreik vor der Disziplinarkammer.

Das Verfahren gegen Menne und Genossen.

Berlin, 9. Mai.

Am 11. Mai wird vor der Disziplinarkammer in Erfurt das Verfahren gegen den geistigen Urheber und Leiter des Eisenbahnbeamtenstreiks, den jetzigen Vorsitzenden der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter, Eisenbahninspektor Menne, den Lokomotivführer Thieme und den Eisenbahnsekretär Dibliak, beginnen. Das Verfahren gegen die drei Eisenbahnerführer dürfte von grundsätzlicher Bedeutung werden, weil vor der Erfurter Disziplinarkammer die Frage aufgerollt und entschieden werden soll, ob den Beamten das Streikrecht zusteht oder nicht. Das Disziplinarverfahren legt den drei Genannten zur Last, daß sie bereits im Dezember 1921 mit anderen Gewerkschaftlern, vor allem mit führenden Persönlichkeiten der Reichsgewerkschaft, die Möglichkeit eines Streiks besprochen und für den Fall des Ausstandes Richtlinien und Ausführungsbestimmungen beschlossen und festgelegt haben, deren Auswirkung eine schwere Schädigung nicht nur des Reichsbahnbetriebes, sondern der gesamten Oeffentlichkeit bedeutete.

Die drei Beschuldigten machen für sich geltend, daß die Beamten durch Verleihung des Koalitionsrechtes auch die Möglichkeit, in den Streik zu treten, erhalten hätten. Sie seien als Angestellte der Reichsgewerkschaft auch nicht mehr Beamte gewesen, sondern seien während der Zeit ihrer Beurlaubung zur Reichsgewerkschaft aller Vorteile verlustig gegangen, die anderen Beamten gewährt werden. Die Disziplinarkammer wirft den Angeschuldigten dagegen vor, daß sie den Beamtenstreik betrieben hätten, obwohl der Generalsekretär der Reichsgewerkschaft Döbling vom Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes Flügel erfahren hatte, daß die Regierung zu Verhandlungen bereit war, und daß Menne und seine Freunde diese ihnen bekannte Tatsache absichtlich verschwiegen hätten.

Nachrichten über Beamtenbesoldungsfragen.

Wir erhalten häufig Briefe von Beamten mit Beschwerden über die Berichterstattung über die Besoldungsverhandlungen. Teils werden die Meldungen als falsch und irreführend, teils als aufreizend bezeichnet. Und jedesmal wird die Redaktion verantwortlich gemacht. Jeder Redakteur ist gewohnt, daß man ihm die Schuld für die Fehler anderer zuschiebt, er weiß, daß man es nicht allen recht machen kann. Unterlassen wir die Veröffentlichung über die Besoldungsverhandlungen, so folgt Beschwerde auf Beschwerde. Berichterstattung ist unsere Pflicht; auch der andere Teil der Bevölkerung, der nicht zu den Beamten zählt, hat einen Anspruch darauf, über Beamtenbesoldungsfragen unterrichtet zu werden. Von hier aus ist es uns unmöglich, uns jeweils genau über den Stand der Verhandlungen in Berlin zu unterrichten. Auch die badische Regierung kann das nicht. Unsere Pflicht beschränkt sich auf gewissenhafte Auslese der Meldungen. Um uns vor Irreführungen zu schützen, veröffentlichen wir über diese Fragen grundsätzlich nur die Meldungen, die dem Wolffschen Nachrichtenbüro von amtlichen Stellen zugehen. Auch in der Ausgabe vom 4. Mai fand sich auf Seite 3 eine Meldung mit deutlicher Bezeichnung der Herkunft. Natürlich folgte wieder der übliche Beschwerdebrief mit den gewohnten Vorwürfen. Ohne große Aufmerksamkeit hätte der Briefschreiber die Herkunft der Nachricht erkennen können. Wir möchten dem Briefschreiber raten, seine Beschwerden an seine Beamten-Kollegen in Berlin zu richten, die für die Abfassung der amtlichen Berichte verantwortlich sind.

Deutsches Reich

Brot, Kartoffeln, Zucker.

Berlin, 8. Mai. Zum Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen Antrag eingebracht, der für das Rechnungsjahr 1922/23 die Beibehaltung des Umlageverfahrens für Brotgetreide verlangt. Durch die Umlage soll der Gesamtbedarf an Brotgetreide für die Ernährung der Bevölkerung in Höhe von 4½ Millionen Tonnen sichergestellt werden. Zur Sicherstellung des Kartoffelbedarfes sollen privatrechtliche Lieferungsverträge mit Erfüllungszwang dienen. Dem schrankenlosen Aufkauf der Kartoffeln sei durch geeignete Maßnahmen entgegenzutreten. Gleichzeitig sollen Richtpreise einheitlich für das gesamte Reich auf der Grundlage der durchschnittlichen Gestehungskosten festgesetzt werden. Der Antrag fordert schließlich die Wiedereinführung der Zwangsbewirtschaftung von Zucker und zwar in der Weise, daß der Bevölkerung pro Kopf und Woche ½ Pfund, für Säuglinge 1 Pfund Zucker zur Verfügung gestellt wird.

Eine Denkschrift über die Teuerung.

t. **Dresden**, 8. Mai. Die immer bedrohlicher werdende Teuerungswelle hat das sächsische Ministerium veranlaßt, über diese Frage eine Denkschrift auszuarbeiten; diese soll an den Reichstag und an die Reichsregierung weitergeleitet werden, um dort die Forderungen der sächsischen Regierung zur Geltung zu bringen.

Beschlüsse der bayerischen Verkehrsbeamten.

München, 8. Mai. In der hier abgehaltenen Tagung des bayerischen Verkehrsbeamtenvereins wurde u. a. einem Antrag zugestimmt, der sich für Beseitigung des ungerechten Ortsklassensystems ausspricht.

Erhöhte Steuereingänge.

Berlin, 9. Mai. In der gestrigen Sitzung des Reichsrats hielt Ministerialdirektor Sachse bei der Beratung des Haushalts der allgemeinen Finanzverwaltung für 1922 einen Vortrag, in dem er sagte, die Reichsregierung glaube auf Grund von neuen Veranschlagungen statt 40 Milliarden neuer Steuern rund 50 Milliarden erwarten zu dürfen. Gegenüber diesem Mehrertrag werden jedoch Mehrausgaben von 5,2 Milliarden vorgesehen. Der Ueberschuß soll insbesondere dazu dienen, die Bezüge der Militär- und Sozialrentner aufzubessern.

Die Wirkung des Achtstundentages.

Berlin, 8. Mai. Im Hauptausschuß des Reichstags wurde eine Entschließung des Abgeordneten von Guérard (Zentr.) angenommen, worin die Regierung aufgefordert wird eine Denkschrift vorzuschlagen, aus der die Wirkung des achtstündigen Arbeitstages hinsichtlich der Zahl der notwendigen Beamten und der entstehenden Kosten ersichtlich sei.

Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

t. **Berlin**, 8. Mai. Im bevölkerungspolitischen Ausschuß des Reichstages begannen die Spezialberatungen des Gesetzentwurfes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Nach unveränderter Annahme des § 1, der festsetzt, was im Sinne des Gesetzes als Geschlechtskrankheit aufzufassen ist, wurde zu § 2, der die Behandlung eines Geschlechtskranken durch einen für das Deutsche Reich approbierten Arzt vorschreibt, ein Zusatzantrag angenommen. Dieser sieht vor, daß Personen, die keinen anderweitigen Anspruch auf ärztliche Behandlung haben und nicht in der Lage sind, die erforderlichen Kosten selbst zu tragen, Anspruch auf unentgeltliche ärztliche Behandlung haben.

Ein Sendschreiben an die Freunde der Graphik.

Der Verlag Eugen Diederichs in Jena richtet durch ein im Buchhandel erhältliches Sendschreiben die Aufmerksamkeit auf das Graphische Werk Gustav Wolfs, von dem das Wesentliche, drei große Mappenwerke, das Flugblatt und das Goethesche Märchen, nach langer sorgfältiger Vorbereitung nun in breiterer Auflage zu erscheinen im Begriffe ist. Das Sendschreiben ist in der C. F. Müllerschen Hofbuchhandlung Karlsruhe gedruckt und übertrifft in seiner buchkünstlerischen Form jede Erwartung. Hinsichtlich des Inhalts ist von vornherein bemerkenswert, daß ein weitblickender Kulturkritiker, ein Religionsphilosoph von regsamem Geiste und ein Kunsthistoriker mit verwöhntem Geschmack sich bereitgefunden haben, ihre Gedanken für die gebührende Ankündigung einer Kunst einzusetzen, die von vielen noch immer als eine Art esoterischer Liebhaberei betrachtet wird.

Unsere Zeit scheint weder gründlich noch frei genug zu sein, um sich zur entschiedenen Erfassung der im eigentlichen Sinne künstlerischer Tat gedrängt zu fühlen. Man würdigt an einem Tag verlogene Modekrämpfe als Produkte einer problematischen Lebenshaltung und preist am andern familienblättliche Harmlosigkeit als überzeugte Formwahrheit an, während man dem echten Bekenntnis und der wirklichen Gestaltungsstärke wie etwas Unbequemem aus dem Wege geht. Das Philistertum mit weltmännischen Allüren ist nicht nur unter dem Publikum zu Haus. Künstler, Kenner und Käufer kleben an der technischen Aeußerlichkeit oder am psychologischen Zufall und wühlen sich, hilflos wie ein Maulwurf im Sonnenschein, in ihre erd- und fleischgebundene Heimlichkeit ein, wenn aus großem oder bescheidenem Auge bereits Entschiedenes sie anblickt, Idee, Geist, Kunst schlechthin. Es ist nicht zuviel gesagt, daß man ein Jahrhundert zurückblättern muß, um in den Schichten der Gebildeten noch Auffassungen wach zu finden, die dem Problem Kunst in seiner spezifischen Eigenart gerecht werden können. Mag es immerhin der Vorzug jener tieferen, durch spekulativen Ernst ausgezeichneten Zeit sein, daß sie Lebensglaube und Weltanschauung in die Wagschale zu werfen hatte, wo jetzt nur noch Geschmack und Cliquenzugehörigkeit in Bereitschaft steht — jedenfalls gibt es bis zum heutigen Tag kein anderes Kriterium, das Wandschmuck und Handwerk von Kunst zu unterscheiden erlaubt, als den ideellen Gehalt, wenn man nicht in zwar begreiflicher, darum aber nicht entschuldbarer Unkenntnis unter Idee beweisbare Tatsächlichkeit versteht, statt Urgrund und Urschema aller Existenz, also des Gestaltbaren und Gestaltbedürftigen.

Man darf annehmen, daß die drei doctores artium liberalium, die sich zur Bearbeitung des Sendschreibens über das Werk Gustav Wolfs zusammengefunden haben, bei aller Verschiedenheit ihrer sonstigen Bestrebungen in jener übermateriellen Bedingtheit ihre gemeinsame Leitlinie gesehen haben und des Glaubens sind, daß wahre Kunst in ihrem Ursprung Eingebung der Idee, in ihrer seelischen Verarbeitung Formwerdung der Idee, in ihrem Werke Gestaltung der Idee sein muß. Sie finden ihre Rechtfertigung darin, daß unter diesem Gesichtspunkt die Graphik Gustav Wolfs vollauf verständlich wird und so zugänglich, wie es wirkliche Erzeugnisse des Geistes nur sein können. Das erste Mappenwerk, Confessio, ist völlig losgelöst von der Erinnerung an Landschaft oder Naturbild und erhält seine besondere Prägung durch die begleitende Dichtung, deren Textworte auf einzelnen Blättern den umrahmenden Bildzeichen eingefügt sind und diese selber zu einem ergriffenen Sang zusammenklingen lassen; das dritte, die Blätter vom Lebendigen Sein, in der Hauptsache freie Ausblicke in die Schauplätze gewaltiger kosmischer Geschehnisse und Entfaltungen, suchen bei aller Erdentrücktheit im bildhaft Betrachtbaren ihre Lösung; die beiden andern Werke, von denen das Flugblatt von neuem die Einheit von Bild- und Lautsprache erstrebt und erreicht, während die Schöpfungstage den alten Bibeltext mit neuen Bildoffenbarungen erfüllen, zeigen jedes in seiner Weise die fortschreitende Hingabe an geologische und organische Naturformen. Damit ist im Einzelnen festgestellt und erklärt, was dieser Kunst an Entwicklung und was ihr an konservativer Beharrlichkeit eignet. Nie wird die erstarrte Stofflichkeit zu geistigem Scheinwesen destilliert, stets geht der Weg vom Geiste zum Ding. Während am Anfang der Geist ganz und gar bei sich bleibt, umfaßt er am Ende auch die stoffliche Natur, nicht so freilich, daß er in ihr aufgeht, sondern daß die Gesamtheit des Körperlichen als gestaltgewordener Geist ausgedeutet erscheint.

Ein Künstler, der solcherweise auf das Lyrisch-Visionäre eingestellt ist und dem Episch-Intuitiven nur ungern nachgibt, wird auch dann, wenn er sich einer Technik bedient, die zur schildernden Darstellung hindrängt wie die Oelmalerei, im naturalistisch oder gegenständlich Determinierten keine Befriedigung finden. Eingeschworene neigen deshalb dazu, in seinen Gemälden nur das zu sehen, was ihnen zum Herkömmlichen fehlt, und glauben sie als Nicht-Malerei zu einer Gattung untergeordneten Ranges stempeln zu können. Sie wird sich nicht bewußt, wie sehr sie darin einem Vorurteil verfallen sind. Wenn Malerei Kunst der Farbe ist und der Wert einer Kunst in ihrem ideellen — beileibe nicht literarischen! — Gehalt liegt, ist nicht abzusehen, warum die Farbe bloßes Mittel kompositioneller, figürlicher oder sonstig illusionistischer Wirkung sein und es dem Künstler verwehrt bleiben soll, die Farbe neben Linie und Lautzeichen zum freien Sprachmedium seiner Erlebnisse zu machen. Diese Freiheit nimmt sich Gustav Wolf in seinen Malereien allerdings, von der frühesten Zeit an bis in die späteste, und er verfährt nach dem gleichen Bedürfnis mit seiner Graphik, sowohl bei der Kolorierung der Vorzugsexemplare der Schöpfungstage, des Flugblatts und der Blätter vom Lebendigen Sein als auch bei der Farbgebung der Aquarellzeichnungen zu Goethes Märchen. Ueberall wo die Farbe sich als weiteres künstlerisches Zeichen den übrigen zugesellt, kommt ihr diese rein geistige, kaum je eine auch nur bedingt formale Bedeutung zu, aber gerade dadurch vermag sie die Gesichte zu jener Klarheit und Eindringlichkeit zu steigern, der sich selbst der Widerstrebende nicht ganz entziehen kann.

Wer etwas von dieser Wirkung je an sich erfährt und sich danach mit dem Inhalt des Sendschreibens erneut auseinandersetzt, wird zu verzeihen bereit sein, was dem nüchternen Urteil darin an Unbeherrschtem oder Unrealem fremdartig entgegentritt. Insbesondere aber wird er — sofern er's nicht schon vorher getan — dem einleitenden Aufsatz zustimmen, der von eigenem festgegründetem Standpunkt aus die Graphik Gustav Wolfs scharf umreißt und wegen der Geradlinigkeit seiner Gedankenführung und seiner sprachlichen Sauberkeit manchem ästhetischen, im Stil oft so unästhetischen Schreiber zum Vorbild dienen kann. Sc.

Badisches Landestheater

Als Bewerberin um das freiwerdende Fach der jugendlich-dramatischen Sängerin stellte sich in der „Meistersinger"-Aufführung vom Sonntag Else Jülich de Vogt vom Frankfurter Opernhaus vor. Nach den an diesem Abend gewonnenen Eindrücken ist sie nicht die Kraft, die unsere Oper braucht. Zwar ist Else Jülich de Vogt zweifellos eine routinierte Bühnenkünstlerin, aber ihrer ganzen Darbietung fehlte das Reizvolle, Bezaubernde, wie man es gerade von dem Evchen verlangt. Das Betont-Jugendliche des Spieles war nicht überzeugend. Auch gesanglich war der Eindruck nicht ermutigend. Der Gast besitzt eine kräftige, in der Höhe auch durchdringende Stimme, die aber wenig Wärme und Farbe hat. Auffallend matt ist die Mittellage. Eine erhebliche Schärfe des Tones läßt vermuten, daß die Sängerin den Höhepunkt ihrer Kunst bereits überschritten hat. Ein letztes Wort über Else Jülich de Vogt soll nach ihrem Auftreten als Agathe gesagt werden.

Günstigeres ist über den zweiten Gast des Abends, Albert Peters von den Vereinigten deutschen Theatern in Brünn, zu berichten. Von den Sängern, die sich bisher um das Fach des Tenorbuffo bewarben, ist er zweifellos der befähigtste. Peters ist im Besitze einer sehr schönen, ausdrucksfähigen Stimme, die der verschiedensten Schattierungen fähig ist. Der Gast singt geschmackvoll; er zeigte in dem prächtigen, fein ausgearbeiteten Vortrag der „Belehrung", daß er ein intelligenter Künstler ist. Schade, daß die Darstellung mit dem Gesang nicht gleichen Schritt hielt! Das Spiel war auffallend matt; selten einmal ging Peters aus sich heraus. Und die Hauptsache: der Humor fehlte. Dieser David war viel zu ernst; teilnahmslos schien er meist den Dingen gegenüberzustehen. Selten einmal nur erschien ein Lächeln auf seinem hübschen Gesicht. Ob diese schauspielerischen Mängel ihre Ursache allein in der begreiflichen Erregung haben, wie sie das Auftreten in einem fremden Ensemble mit sich bringt (zumal Peters seine Partie nicht restlos beherrschte), läßt sich nach dem einmaligen Gastspiel kaum beurteilen. Immerhin dürfte es sich empfehlen, einen Versuch mit Peters zu machen, der wenigstens als Sänger bemerkenswerte Qualitäten hat. H. Wck.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Badischer Landtag

Karlsruhe, 8. Mai. Die heutige Sitzung des Landtages wurde um 4 Uhr durch Präsident Wittemann eröffnet. Zunächst begründete der Abg. Herfurth (Ztr.) folgende Anfrage an die Regierung:

Ist der Regierung bekannt, daß das Reichsschatzministerium die Reichsbekleidungsämter der Privatwirtschaft in der Weise zuführen will, daß ein oder wenige großkapitalistische Konzerne, meist in Norddeutschland, die bisherigen Bekleidungsämter mit Einrichtungen und Vorräten erhalten sollen, so daß für diese Konzerne tatsächlich ein Monopol geschaffen wird, welches für das süddeutsche Bekleidungsgewerbe eine überaus große Gefahr bedeutet. Diese Gefahr könnte nur dadurch abgewendet werden, daß auch süddeutsche leistungsfähige Firmen, sowie Organisationen des Bekleidungsgewerbes an der Verwertung und Ausnützung der Bekleidungsämter mitbeteiligt werden. Gedenkt die Regierung zur Wahrung der Interessen des süddeutschen Bekleidungsgewerbes alsbald die erforderlichen Schritte zu tun?

Minister Remmele erklärte, daß nach den letzten Informationen keine Gefahr bestehe, daß die süddeutschen, speziell die badischen Interessen in dieser Frage übergangen werden. Bei den bevorstehenden Beratungen im Reichshaushaltsausschuß werden Baden und Württemberg in diesem Sinne zusammenarbeiten.

Nach dem Gesetz vom 9. Juni 1920 über die Besoldung der Gemeinde- und Körperschaftsbeamten sind die Gemeinden verpflichtet, ihren Bürgermeistern und Beamten eine angemessene Besoldung zu gewähren, deren Höhe, wenn eine Einigung zwischen

Gemeindeverwaltung und Beamten

nicht erfolgt, durch Schlichtungsausschüsse festgesetzt wird. Die Schlichtungsausschüsse müssen aus Vertretern der Gemeinden und der Gemeindebeamten in gleicher Zahl und einem Vorsitzenden bestehen.

Dazu hatten Deutschnationale beantragt, zu bestimmen, daß: 1. die von den Gemeinden in die Schlichtungsausschüsse zu entsendenden Gemeindevertreter nicht Gehaltsempfänger der Gemeinden sein dürfen, 2. die Vorsitzenden der Schlichtungsausschüsse Staatsbeamte sein müssen.

Der Antrag war im Ausschuß für Rechtspflege und Verwaltung beraten worden. Die Beratungen führten zu folgendem Ergebnis: Der Ausschuß beantragt die Annahme des Antrags der Abgeordneten Schmidt-Bretten und Gen. in folgender Form:

Der Landtag wolle beschließen, daß

1. im Falle des § 72 Abs. 4 der Gemeindeordnung als Vertreter der Gemeinden in den Schlichtungsausschüssen nur ehrenamtlich tätige Gemeinderäte oder Gemeindeverordnete tätig sein können.
2. in sonstigen Fällen die Mehrheit der Gemeindevertreter aus Personen, die nicht Gehaltsempfänger einer Gemeinde sind, zu bestehen hat.

Dieser Antrag wurde angenommen.

Als Berichterstatter des Rechtspflegeausschusses gibt Abg. Rausch (Soz.) einen Bericht über die Anträge der Abgg. Ziegelmaier-Oberkirch (Ztr.) und Gen. und der Abg. Freudenberg (Dem.) und Genossen betreffend das Fürsorgegesetz für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte. Es handelt sich einerseits um eine den geänderten Geldverhältnissen angepaßte Erhöhung der Einkommensgrenze und im Zusammenhang damit um die Ueberführung des Prämienverfahrens in das Umlageverfahren.

Abg. Freudenberg (Dem.) schlägt eine Einfügung in den Antrag vor, der diesen auf die nicht unter das Fürsorgegesetz fallenden Städte weisen will. — Der Regierungsvertreter wendet sich dagegen.

Der Antrag wird darauf mit der Einfügung einstimmig angenommen.

Zu dem Antrag der Abgg. Frau Dr. Bernays und Gen., den Ausbau der Fürsorgetätigkeit bei der Polizei betr., berichtet Abg. Frau Fischer-Karlsruhe; sie unterstützt und belegt das Bestreben, das Amt der Polizeifürsorgerin in geeigneter Weise auszubauen und dabei die pflegerischen Maßnahmen stärker als bisher in den Vordergrund zu stellen, sowie Heime für verwahrlooste männliche und weibliche Jugendliche zu schaffen und zu unterstützen. Der Antrag wird mit allen gegen die Stimme des Kommunisten Ritter angenommen.

Abg. Rückert (Soz.) berichtet über zwei Gesuche (um Rechtshilfe gegen angeblich ungerechtfertigte Beschlagnahme von Waffen und um planmäßige Anstellung von Versorgungskommissaren).

Die beiden diesbezüglichen Vorschläge werden angenommen.

Auf der Tagesordnung steht noch die Begründung und Beantwortung der Förmlichen Anfrage der Abgg. Ritter und Gen., den Metallarbeiterstreik betr. Bei der inzwischen vorgerückten Stunde stellt die Presse die Berichterstattung ein.

Nächste Sitzung Dienstag vormittag.

*

Neue Gesuche im Landtag.

Dem Landtag sind in den letzten Tagen wieder zahlreiche Gesuche zugegangen. Mehrere davon haben die Ortsklasseneinteilung und die Wirtschaftsbeihilfe zum Gegenstand; einige andere sind rein persönlicher Natur. Weiter liegen vor Gesuche des Gemeinderats Mosbach über den Ausbau der dortigen Mittelschule zu einer Vollanstalt und des Vereins badischer Fortbildungsschullehrer mit Vorschlägen zur Ausgestaltung des Gesetzes über die allgemeine Fortbildungsschule.

Soziale Fürsorge.

In der weiteren Beratung des Voranschlags des Arbeitsministeriums wurde von einem sozialdemokratischen Abgeordneten erklärt, die organisierte Arbeiterschaft verlange in der Landesversicherungsanstalt mehr Einfluß durch Besetzung der Referentenstellen aus ihren Kreisen. Ein Zentrumsredner erklärte hierzu, auch die Arbeitgeber könnten ähnliche Forderungen stellen. Arbeiter hätten es an sich schwer, solche Stellungen zu bekleiden, da man die Vorbildung, die die Beamten im allgemeinen haben, nicht ausschalten könne. Ein demokratischer Abgeordneter schloß sich dieser Ansicht an. Bei der Position „Landesversicherungsamt" wünschte ein sozialdemokratischer Abgeordneter, bei der Auswahl der Richterbeisitzer möchte die Staatsregierung nur sozial weitsichtige Personen bestimmen. Ein Redner des Zentrums betonte, der Richter könne nur die bestehenden Gesetze anwenden. Arbeitsminister Dr. Engler erklärte, die Richter im Landesversicherungsamt würden vom Staatsministerium ernannt; sie seien unabhängig und unabsetzbar. Wenn die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte den Amtsgerichten angeschlossen wären, dann träte eine gewisse Erleichterung auf diesem Gebiete ein. Weiter befaßte sich der Haushaltausschuß bei dieser Gelegenheit mit einem Antrag der Deutschen Volkspartei, worin verlangt wird, bei der Reichsregierung für eine großzügige unmittelbare Hilfsaktion für die kriegsbeschädigten Rentenempfänger einzutreten. Der Vertreter des Arbeitsministeriums antwortete hierauf, die Fürsorgebehörden hätten bereits das weitere veranlaßt, im Februar und März seien die Beträge verdoppelt und im April und Mai ebenfalls erhöht worden.

Badische Politik

Zur Ortsklasseneinteilung.

Der „Staatsanzeiger" veröffentlicht folgende amtliche Mitteilung: Nach einem Bericht in Nr. 115 des „Karlsruher Tagblatts" vom 26. April über die Tagung des Landesausschusses der Deutschnationalen Volkspartei am 23. April hat sich der Landesvorsitzende Exz. Düringer u. a. dahin geäußert, daß Baden beim Ortsklassenverzeichnis gut abgeschnitten habe, aber auffallenderweise hätten in den Ausschüssen die badischen Regierungsvertreter vielfach den deutschnationalen für Baden eintretenden Anträgen widersprochen.

Nach Benehmen mit dem Landesvorsitzenden der Deutschnationalen Partei ist festgestellt worden, daß ein Versehen vorliegt und daß nicht der badische Regierungsvertreter, sondern der Vertreter eines Reichsressorts gegen badische Anträge gesprochen hat. Der badische Vertreter hat im Gegenteil Anträge der badischen Reichstagsabgeordneten nicht nur unterstützt, sondern noch zur Stellung weitergehender Anträge angeregt. Nur in ganz wenigen Fällen war es zur Vermeidung berechtigter Berufungen Pflicht des Regierungsvertreters, der alle badischen Gemeinden gleichmäßig zu vertreten hatte, Bedenken zu den Anträgen dahin zu äußern, daß dann noch andere Orte mit gleichem oder noch mehr Recht höhergestuft werden müßten.

Auch die Mitteilung in Nr. 64 der Mannheimer „Volksstimme" vom 6. März, wonach die von sozialdemokratischer Seite beantragte Höherstufung der Orte Wallstadt und Ladenburg im letzten Augenblick am Einspruch der badischen Regierung gescheitert sei, ist dahin zu berichtigen, daß der Vertreter der Berufungen wegen Bedenken geäußert hat, daß diese beiden Orte allein gehoben werden sollten. Diese Bedenken hätten beseitigt werden können, wenn die von ihm weiter genannten Orte in den Antrag aufgenommen worden wären.

Daß die badische Regierung und ihre Vertreter für weitgehende Höherstufung badischer Gemeinden eingetreten sind, ist schon daraus ersichtlich, daß sie im Reichsrat 130 weitere Erhebungen erreicht haben; bei der 1. Lesung im Reichstagsausschuß sind nur 40 Höherstufungen genehmigt worden.

Die Regierung bedauert, zu dieser Aufklärung genötigt zu sein, da die Verhandlungen in den Ausschüssen streng vertraulich behandelt werden sollten.

Aus Baden

Der Badische Fischereiverein,

mit dem Sitz in Karlsruhe, hält am Sonntag, 28. Mai, nachmittags 2 Uhr beginnend, im Ganterbräu zu Freiburg (Schiffstraße) seine Hauptversammlung ab. Bei dieser Versammlung sind außer den Vereinsmitgliedern auch andere Freunde der Fischerei willkommen.

*

Durlach, 8. Mai. Mitteilungen aus der Stadtratsitzung vom 4. Mai 1922. Zur Vorbereitung der Beschlußfassung des Stadtrats über die verschiedenen Lieferungsvergebungen für den Krankenhauseinbau in die Markgrafenkaserne wird eine besondere Kommission eingesetzt. — Der vom Hochbauamt gemachte Vorschlag über die Ausführung des Bauprogramms II (Erstellung von Wohnhäusern an der Auerstraße im Anschluß an das Bauprogramm I) wird vorbehaltlich der Zustimmung der gemeinnützigen Baugenossenschaft genehmigt, die Arbeiten werden an die vorgeschlagenen 3 Architekten vergeben. Durch die Ausführung des Projekts werden 36 Wohnungen gewonnen (12 Zweizimmerwohnungen, 18 Dreizimmerwohnungen und 6 Vierzimmerwohnungen). — Auf Grund des vom Bürgerausschuß bewilligten Kredits soll in einem Privatgebäude eine Mansardenwohnung auf städt. Kosten eingebaut werden. — Die Preise für die Benützung der städt. Badeanstalt werden neu festgesetzt. Den Schülern der hiesigen Lehranstalten wird in widerruflicher Weise gestattet, an den Vormittagen unter Führung der Lehrerschaft die Badeanstalt unentgeltlich zu besuchen. — Die beantragte Aenderung der Friedhofgebührenordnung wird genehmigt. Die Zustimmung des Bürgerausschusses ist einzuholen. — Zu der vom Bürgermeister erlassenen ortspolizeilichen Vorschrift, durch welche die Begräbnis- und Friedhofordnung der Stadt Durlach mit einigen Abweichungen auf den Stadtteil Aue auszudehnen ist, wird die Zustimmung erteilt. — Die mit den hiesigen Krankenkassen getroffene Vereinbarung wegen Erhöhung der Krankenverpflegungsgebühren und die vorgeschlagenen Gebührensätze für die Selbstzahler werden genehmigt.

t. **Schwetzingen**, 8. Mai. Der Spargelmarkt am Sonntag war mit etwa 30 Zentnern Spargel befahren. Der Preis betrug anfänglich 16—18 Mk., da jedoch wenig Kauflust vorhanden war, ging die meiste Ware am Schluß des Marktes für 8—10 Mk. ab.

t. **Eppingen**, 8. Mai. In Steinsfurt stürzte ein nahezu fertiggestellter Schuppen ein. Sechs Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben. Drei davon wurden schwer verletzt, während die drei anderen mit leichteren Verletzungen davonkamen. — In Rohrbach bei Eppingen wird die 37jährige Tochter des Landwirts Konrad Rebel seit über 14 Tagen vermißt. Zur Auffindung hat der Vater 1000 M Belohnung ausgesetzt.

Ittlingen, 5. Mai. Der 51 Jahre alte Bernhard Schuhmacher wurde in seiner Scheune erhängt aufgefunden. Schuhmacher, der Witwer war, hinterläßt vier Kinder.

t. **Mannheim**, 8. Mai. Die hier abgehaltene zweite deutsche Erfindungs- und Neuheitenmesse hat einen vollen Erfolg zu verzeichnen. Nach einer Umfrage wurde von den Ausstellern ein Gesamtumsatz von über 90 Millionen Mark für feste Käufe erzielt. Dazu kommen noch die Anbahnungen von dauernden Geschäftsverbindungen nicht nur innerhalb Deutschlands, sondern weit darüber hinaus mit den Vereinigten Staaten, mit Kuba, Havanna, Brasilien, allen englischen Kolonien usw.

t. **Heidelberg**, 8 Mai. Die Staatsanwaltschaft hat auf die Ergreifung der Täter, die an der Sprengung der Drahtseilbahn der Zementwerke Leimen beteiligt sind, eine Belohnung von 20 000 Mk. ausgesetzt. In der Nacht zum Samstag war eine weitere Sprengung vorgenommen worden. Wie wir berichtet hatten, erfolgte die Sprengung durch Streikende, um den Betrieb des Zementwerkes Leimen zu stören, der daraufhin auch eingestellt wurde.

t. **Bammental** b. Heidelberg, 8. Mai. Der Spengler Slovak, der, wie gemeldet, bei einem Streit von dem Wirt Johann Karch gestochen worden ist, ist seinen Verletzungen erlegen.

t. **Lahr**, 8. Mai. Das 2½jährige Töchterchen des Vergolders Lecerf, das von einem 11jährigen Knaben durch einen Schuß in den Kopf schwer verletzt wurde, ist gestorben.

t. **Villingen**, 8. Mai. Die Generalversammlung der Badischen Bauervereinsorganisation findet nicht, wie früher gemeldet am 11., sondern am 25. Juni in Villingen statt.

t. **Radolfzell**, 8. Mai. (Drahtber.) Das Frühlingsfest der Badischen Jungbauernschaft in Radolfzell und am Mindelsee war sehr gut besucht; es wurden zahlreiche Reden gehalten.

t. **Bodman** (Bodensee), 8. Mai. Die Obstbauvereine des deutschen Bodenseegebietes hielten hier dieser Tage eine Blütenschau ab. Belehrende Vorträge und Besichtigungen der Obstbaugärtnereien, besonders der Gräflich Bodmanschen Musteranlagen, gestalteten die Tagung sehr erfolgreich.

Aus Nachbarländern

m. **Herrenalb**, 7. Mai. Im Posthotel ist zu längerem Kuraufenthalt Alexander Friedrich Landgraf von Hessen mit Gefolge eingetroffen.

Schule und Kirche

Bezirkskatholikentag in Rastatt.

t. **Rastatt** 8. Mai. Am Samstag und Sonntag fand hier der Bezirkskatholikentag statt. Am Samstag bereits war Erzbischof Dr. Karl eingetroffen. Am Sonntag nachmittag fanden die Beratungen in drei großen Festversammlungen statt. In der Fruchthalle präsidierte Rechtsanwalt Goetzmann. Stadtpfarrer Roser sprach über „Die Kirche als Hort der christlichen Volkserziehung" und über „katholische Presse". Frau Klara Siebert sprach über „Die Kirche als Hort der christlichen Kindererziehung". Im Kronensaal leitete Prof. Maier die Versammlung. Hier sprachen Landtagsabg. Dr. Foehr über das Problem der christlichen Familie und Landtagspräsident Ministerialrat Wittemann über den christlichen Solidarismus und die katholische Presse. Im Löwensaal, wo Prof. Peter das Präsidium führte, verbreitete sich Dr. Baumgartner über die Notwendigkeit des Wiederaufbaues und der Volkserrettung durch die Religion. Dr. Foehr referierte über sein bereits genanntes Thema. Der Erzbischof stattete allen drei Versammlungen einen Besuch ab. Nach der Tagung fuhr der Erzbischof nach Renchen zur Firmung.

Postbestellung nach dem Lande.

Von zuständiger Seite schreibt man uns: Die Tageszeitungen haben in letzter Zeit wiederholt Artikel gebracht, die sich mit der Aufhebung der Postbestellung an Sonntagen nach dem Lande befassen. Es wird darüber Klage geführt, daß die Postverwaltung in dieser Beziehung das Land vor den Städten benachteilige. Es ist von jeher Grundsatz gewesen, daß Sonntagsbestellung nach den Landorten nur da auszuführen ist, wo dies nach dem Verkehrsumfang erforderlich ist. An diesem Grundsatze hat sich, abgesehen von Bayern, wo infolge eines Beschlusses des Landtags die Sonntagsbestellung schon früher allgemein aufgehoben ist, nichts geändert. In der Vorkriegszeit spielte die Kostenfrage allerdings nicht eine so bedeutende Rolle wie jetzt, und die Sonntagsbestellung war ziemlich ausgebreitet. Nur in Landorten von ganz geringfügiger Bedeutung ruhte sie. Unter dem Drucke der schlechten Finanzlage des Reichs, die zur Beseitigung aller nicht unbedingt notwendigen Ausgaben zwingt, haben auch die Verkehrseinrichtungen der Post allgemein erheblich eingeschränkt werden müssen. Auch der Sonntagsbestelldienst nach dem Lande hat einer Nachprüfung unterzogen und überall da aufgehoben werden müssen, wo nach dem Umfang des Verkehrs ein dringendes allgemeines Bedürfnis für die Beibehaltung nicht anerkannt werden konnte und die für die Bestellung aufzuwendenden Kosten zu der Zahl der abzutragenden Sendungen in einem starken Mißverhältnis standen.

Daß hierbei die kleineren Landorte und Einzelniederlassungen, deren Versorgung mit Post wegen der kostspieligen Postverbindungen und der mehr oder weniger großen Entfernung zueinander erhebliche Zuschüsse erfordert, in erster Linie dabei ausfallen müßten, liegt in der Natur der Sache.

Die in den Artikeln häufig wiederkehrenden Behauptungen, daß die Betriebseinschränkungen bei der Post lediglich oder vorwiegend auf Kosten des platten Landes durchgeführt würden, sind unzutreffend, vielmehr erstrecken sich diese Maßnahmen gleichmäßig auf Stadt u. Land. Auch in den Städten ist die Zahl der werktägl. Briefbestellungen und der Briefkastenleerungen erheblich eingeschränkt worden. Die Einschränkungen finden aber ihre natürliche Grenze an dem Umfange des Verkehrs, der in den Städten mit dem emsig pulsierenden Geschäftsleben nur wenig, auf dem platten Lande dagegen viel stärker zurückgegangen ist. Dieser Umstand wird leider von den Bewohnern des platten Landes bei ihren Vergleichen immer übersehen, da ihnen eine nähere Kenntnis der Verkehrsverhältnisse in den Städten fehlt. So ist auch die Zahl der werktäglichen Briefbestellung in den Städten ganz verschieden und es findet keineswegs, wie in einem Artikel behauptet wird, überall noch eine dreimalige Bestellung statt. In vielen mittleren und kleineren Städten findet werktäglich durchweg nur noch zweimalige Bestellung statt, während bei den meisten Postagenturen und bei manchen kleineren Postämtern auch im Ortsbestellbezirk nur noch einmal täglich bestellt wird.

Auch die vielfach aus ländlichen Kreisen geäußerte Ansicht, daß die Sonntagsbestellung in den Städten im ganzen erheblich höhere Kosten verursache als auf dem Lande, ist irrig. Infolge der dünneren Bevölkerung des Landes erfordert die Postbestellung dahin erheblich höhere Kosten als in den Städten, weil die Besteller wegen verhältnismäßig weniger Sendungen weite und zeitraubende Wegestrecken zurücklegen müssen.

Hiernach ist auch der neuerdings in einer Provinzzeitung erhobene Vorwurf, daß die Postverwaltung das Publikum in zwei Klassen teile und die Landbewohner als Staatsbürger zweiter Klasse behandele, unbegründet. Vielmehr trifft sie ihre Einrichtungen lediglich nach dem tatsächlichen Verkehrsbedürfnis innerhalb der ihr durch die finanzielle Lage des Reichs gezogenen Grenzen.

Sport-Spiel

Athletik.

Der 1. Athletiksportklub Germania-Sportfreunde beteiligte sich am letzten Sonntag bei dem in Blankenloch abgehaltenen Gaufest des Mittelbadischen Athletengaues und konnte dabei folgende Preise erringen: in den Mannschaftskämpfen die Musterriege den ersten Preis. Im Gewichtheben: Fritz Kärcher im Klassenstemmen 1. Preis im Schwergewicht. Schweres Mittelgewicht Otto Oesterlin 1. Meisterschaft. Ernst Hunn 2. Meisterschaft. Leichtes Mittelgewicht Eugen Dauwalter 2. Preis. Leichtgewicht Franz Löbig 1. Meisterschaft. Karl Hasenaug 5. Preis. Federgewicht Karl Dritschler 2. Preis. Altersriege Heinrich Hoppe 3. Preis. Im Ringen: Schwergewicht Fritz Kärcher 1. Meisterschaft. Schweres Mittelgewicht G. Wiedmaier 2. Meisterschaft. Im Leichtgewicht Karl Koch 4. Preis, Robert Hunn 5. Preis. Federgewicht Otto Schäfer 6. Preis. Bantangewicht Karl Guggolz 1. Meisterschaft. Karl Tritschler 2. Meisterschaft, Eugen Reimold 4. Preis.

Verschiedene Drahtmeldungen

Die Kohlenlieferungen an die Entente.

Monatlich 1,9 Millionen Tonnen.

Köln, 9. Mai. Vor kurzem ist in Paris das Programm für die Kohlenlieferungen in den Monaten Mai bis Juli verhandelt und festgestellt worden. Es sollen in dieser Zeit 5¾ Millionen Tonnen oder monatlich 1,9 Millionen Tonnen geliefert werden. Diese Mengen belasten angesichts der gegenwärtigen Brennstoffknappheit die deutsche Wirtschaft besonders schwer. Alle Versuche der deutschen Unterhändler, eine Minderung der Pflichtmengen herbeizuführen, waren vergebens; vielmehr ist noch eine Verschärfung dadurch eingetreten, daß innerhalb der Gesamtmenge die anteiligen Kokslieferungen noch erhöht worden sind, und zwar von 550 000 auf 600 000 Tonnen monatlich. Das trifft besonders die deutsche Industrie, die jetzt schon gezwungen ist, englischen Koks zu beziehen, was für die deutsche Valuta natürlich von nachteiliger Wirkung sein muß. Bekanntlich leidet das Inland gerade an Koksmangel. Die Gasanstalten sind sehr schlecht versorgt. Sie haben im Durchschnitt nur für sechs bis acht Tage Vorrat, die Eisenbahnen sogar nur für drei bis fünf Tage. Die Unnachgiebigkeit in der Kohlenlieferungsfrage bedeutet deshalb einen neuen Druck auf unsere Wirtschaftslage.

Die
Anzeigen-Annahme
des Karlsruher Tagblatts
Ritterstraße Nr. 1
ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.
Bis zu dieser Zeit aufgegebene Anzeigen, insbesondere
Todes-Anzeigen
und
dringende kleine Anzeigen
können auf Wunsch noch in die
nächste Nummer
des Karlsruher Tagblatts, die am andern Morgen in aller Frühe erscheint, aufgenommen werden.
Das „Karlsruher Tagblatt" ist jeden Morgen von 7 Uhr ab an unserem Schalter erhältlich.
Die Geschäftsstelle des Karlsruher Tagblatts.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Gemeinnützige Bauvereinigungen.

Der Badische Verband der Gemeinnützigen Bauvereinigungen

hielt am letzten Sonntag im Sitzungssaale des Landtages seine diesjährige 10. Hauptversammlung ab. Der Vorsitzende, Direktor Zähringer vom Bad. Baubund hieß die zahlreichen Delegierten — es waren deren 97 — herzlich willkommen und begrüßte besonders die Regierungsvertreter. Er gedachte dann der verstorbenen Baugenossenschaftler, zu deren Ehren man sich von den Plätzen erhob. Der Redner fuhr fort mit dem Hinweis auf die unsicheren Baujahre, die noch vor uns liegen und beglückwünschte jene Vereine, die Männer in ihren Verwaltungsorganen mit nachweisbaren Erfolgen haben. Dazu gehören besonders der Spar- und Bauverein Konstanz und der Mieter- und Bauverein Karlsruhe, die beide im verflossenen Jahre ihr 25jähriges Jubiläum feiern konnten. Redner äußerte sich schließlich über die Verbandsfinanzen und rechtfertigte die Umlegung von einem Promill der Unkosten auf die Neubaukosten.

Ministerialrat Imhoff dankte für die freundlichen Begrüßungsworte und teilte mit, daß Arbeitsminister Engler zu seinem Bedauern nicht von Anfang an zugegen sein könne Der Minister habe für das Genossenschaftswesen stets großes Interesse bekundet; er, sein Vertreter, werde ihm über die Verhandlungen berichten, die einen ersprießlichen Verlauf nehmen möchten. — Der Vertreter des Ministeriums des Innern gab der Meinung Ausdruck, daß trotz der Schwere der Zeit ein gesunder Optimismus am Platze sei, der über manche Klagen hinweghelfen werde. Auch er wünsche den Verhandlungen besten Erfolg.

Verbandsrevisor Schindel erstattete hierauf den Jahresbericht. Dem Verband sind 127 Bauvereinigungen (gegen das Vorjahr 26 mehr) und einige Gesellschaften angeschlossen. Der Redner äußerte sich eingehend über seine Besuche bei den einzelnen Genossenschaften, Da und dort waren gewisse Unterlassungen festzustellen. Der Verbandsrevisor gab eine Fülle von Anregungen zur rationellen Führung der Baugenossenschaften und legte dabei neben der Beschaffung der Grundstücke und Geldmittel ganz besonderen Wert auf die Buchführung als Grundlage jeder geordneten Wirtschaft. Um das eigene Kapital zu stärken, müssen die Vereine darnach trachten, von Banken, Industrieunternehmen usw. Zuschüsse zu erhalten. Der Redner kam zu dem Schluß, daß die badischen Baugenossenschaften eine segensreiche Tätigkeit entfalten

Die Verbandsrechnung wurde als einwandfrei befunden und dem Vorstand Entlastung erteilt.

Zum Verbandsvorstande wurde einstimmig Herr August Schwall, Vorsitzender des Karlsruher Mieter- und Bauvereins gewählt, der die Wahl annahm.

Rechtsanwalt Dr. Homburger hielt sodann einen instruktiven Vortrag über die Reichssteuergesetzgebung, soweit sie auf die Baugenossenschaften anzuwenden ist. Bezüglich der Umsatzsteuer sind keine großen Hoffnungen zu machen, da der Reichsfinanzhof hier die Gemeinnützigkeit verneint hat. Im übrigen nimmt der Reichsfinanzhof den Genossenschaften gegenüber eine freundliche Haltung ein. So sind dieselben hinsichtlich der Grunderwerbs- und Körperschaftssteuer sehr günstig gestellt. Für Baden kommen die Entscheidungen des Reichsfinanzhofes nicht in Frage, da das badische Grund- und Gewerbesteuergesetz die Gemeinnützigkeit der Baugenossenschaften anerkennt; sie muß allerdings satzungsgemäß ausdrücklich festgelegt sein. Der Vortragende machte die Anwesenden mit den einschlägigen Steuerbefreiungsvorschriften näher bekannt. Er stellte ferner fest, daß gewisse Erleichterungen in bezug auf die Kapitalertragsteuer möglich sind. Für die Befreiung von der Vermögenssteuer ist ebenfalls ausschlaggebend, daß die Gemeinnützigkeit nicht verneint wird. Der Redner empfahl zum Schlusse den einzelnen Vereinen, ihre Satzungen dahin zu prüfen, ob sie das aussprechen, was die Gesetze als Voraussetzung für steuerliche Vergünstigungen verlangen.

In der Aussprache wurden Klagen laut über verschiedenartige Auslegung gesetzlicher Bestimmungen. Man forderte speziell für die Kapitalertrags- und Einkommensteuer, soweit sie die Bauvereinigungen betreffen, eine generelle Regelung. Ein Redner wünschte, der Vortrag möge in kurzen Zügen zum Inhalt eines Rundschreibens an die Genossenschaften gemacht werden, was auch angesichts der schwierigen Materie geschehen wird.

Der Referent beantwortete verschiedene an ihn gerichtete Fragen und verwies auf den Weg der Eingabe an das Landesfinanzamt.

Ministerialrat Imhoff sprach darauf über Wohnungsabgabe, Baudarlehen und Bautätigkeit. Die Mieterschutzgesetzgebung war von Erfolg begleitet. Die Mieten wurden niedergehalten. Inzwischen sind aber die Baukosten ungeheuer gestiegen; sie betragen heute das 30, 35, an manchen Plätzen sogar das 40fache wie zu Friedenszeiten. Die Vorschriften über die Baukostenzuschüsse sind inzwischen wiederholt geändert worden. Anfangs 1918 glaubte mna noch mit einem Zuschuß von 1500 Mark pro Wohnung auskommen zu können. Der Referent äußerte sich dann über die Berechnung des Ertragswertes nach den Richtlinien des Arbeitsministeriums und stellte fest: Der Ertragswert ist der Betrag, der aus der Miete verzinst werden kann nach Abzug der Betriebskosten. Das Reichsmietengesetz tritt am 1. Juli d. J. in Kraft. Es ist eine Fortsetzung des Grundgedankens der badischen Bestimmungen und wird zu gewissen Perioden eine neue Festsetzung der Mieten zulassen. Darüber besteht kein Zweifel, daß wir mit höheren Mieten rechnen müssen.

Der Referent erläuterte anschließend die Grundsätze für Gewährung des Landesdarlehens. Hier sei man an die Vorschriften des Reiches gebunden. Die Hauptsorge der Genossenschaften bildet natürlich der ungedeckte Aufwand. Um sie zu erleichtern, sollten die Gemeinden in ihren Zuschüssen weitergehen. Dazu kommt die Selbsthilfe der Hausbewohner durch eigene Arbeit.

In diesem Zusammenhang rät Redner den Genossenschaften, ihre Häuser nicht zu verkaufen. Eine weitere Möglichkeit zur Deckung des ungedeckten Aufwandes wäre die hälftige Tragung durch Reich und Gemeinden.

Zur Bauweise übergehend hob der Referent die gesundheitlichen Vorteile des Flachbaues mit Garten hervor. Dies sei ohne Zweifel die erstrebenswerteste Bauart. Leider mußte sich das Arbeitsministerium in letzter Zeit auf Drängen der Städte im Hinblick auf die ungeheuer gestiegenen Grundstücks- und Baupreise dazu verstehen, in erweitertem Maße Hochbauten zuzulassen. Redner gibt sich der Erwartung hin, daß die Baukostenbeihilfen aus Reichsmitteln, die heute schon über 130 Millionen betragen, noch wesentlich erhöht werden.

Wieviel Wohnungen sind nun mit Hilfe der Baukostenzuschüsse in Baden bisher gebaut worden?

Antwort: Etwa 9800, eine ganz respektable Zahl Von den 9163 bis Februar erstellten und baupolizeilich erfaßten Wohnungen entfallen 84 % auf den Flachbau, 16 % auf den Hochbau. Erbauer waren zu 27 % die Gemeinden, zu 45 % die gemeinnützigen Baugenossenschaften und zu 28 % Private.

Während im Jahr 1914 noch 5100 Wohnungen erstellt wurden, lag im Kriege das Baugewerbe still. Erst 1919 setzte die Bautätigkeit wieder ein und zwar mit 612 Wohnungen, 1920 waren es schon 4636 und 1921 5351 Wohnungen. In den letzten Monaten wurden durchschnittlich 500—600 Wohnungen gebaut. Dem gegenüber steht ein Bedarf von 26 000 neuen Wohnungen!

Ministerialrat Imhoff verbreitete sich schließlich über die Wohnungsabgabe, die eine zwingende Notwendigkeit sei, um die Mieterschutzgesetzgebung aufrecht zu erhalten. Ohne sie wäre es undenkbar, der Wohnungsnot zu steuern. Kein Mensch würde mehr bauen und die Miete würde um das 10 bis 15fache steigen. In Baden werden vom 1. Oktober bis 31. März an Wohnungsabgaben 15 % des Friedensnutzungswertes erhoben, von da ab nicht 50 %, wie das Reich von uns verlangt, sondern 75 %. Bei dem schon erwähnten Bedarf von neuen Wohnungen ist es fraglich, ob dieser Satz genügen wird und ob es nicht richtiger wäre, bereits jetzt 100 % zu erheben. Um den Wohnungsbau zu finanzieren, müßte also jeder einmal den vollen Betrag der Friedensmiete hinlegen.

Der Redner bemerkte, daß dem Landtag demnächst eine Vorlage über die Materie zugehen werde. Er äußerte sich dann über die Organisation der Wohnungsverbände für Gemeinden unter 10 000 Einwohnern, eine Einrichtung, in die man sich nun hineingelebt hat. Zum Schlusse bedauerte der Regierungsvertreter, daß das Verständnis für die Wohnungsabgabe in der Bevölkerung noch außerordentlich gering sei. Deshalb empfehle er besonders den Genossenschaften eifrige Aufklärungsarbeit.

Obige Darlegungen fanden den lebhaften Beifall der Versammlung.

Der Vorsitzende begrüßte den inzwischen erschienenen Arbeitsminister Dr. Engler. — Darauf folgte eine rege Aussprache, die von einer kurzen Pause unterbrochen, auch ein gut Teil des Nachmittags in Anspruch nahm.

Man tauschte gegenseitig seine Erfahrungen aus und machte eine Reihe von Wünschen geltend, die sich hauptsächlich auf größeres Entgegenkommen der örtlichen Behörden und Beschleunigung der Baugesuche bezogen. Ein Redner empfahl angesichts der fast unerschwinglichen Bodenpreise das System der Erbbaupacht, ein anderer meinte, die Wohnungsabgabe müsse hoch bemessen werden. Die Förderung des Wohnungswesens auf dem Lande scheitert nach Ansicht des Bruchsaler Vertreters an Widerständen von seiten der Gemeindebehörden. Ein anderer Redner betonte unter lebhafter Zustimmung, der Standpunkt der Gnossenschaften müsse sein: Nicht Wohnungen um jeden Preis, sondern vor allem gesunde Wohnungen! Und dazu eigne sich der Flachbau. Ein Vertreter aus Oberbaden trat der Anschauung entgegen, als ob kleine Baugenossenschaften nicht lebensfähig wären. Diese seien in Wirklichkeit nichts anderes als die Wohnungsabteilungen der Gemeinden. Des weiteren wurde die Frage der Arbeitgeberzuschüsse angeschnitten. Die Beteiligung der Industrie an dem ungedeckten Aufwand werde erschwert durch das Bestreben der Industriellen, an die Zuschüsse gewisse Bedingungen zu knüpfen.

Dem Arbeitsministerium wurde endlich der Wunsch unterbreitet, in bezug auf die Baudarlehen auch für die vor dem 10. Dezember 1921 begonnenen Wohnungsbauten entgegenzukommen.

Anknüpfend an das Ideal: Eigenheim mit Gartenland! sprach Arbeitsminister Dr. Engler die dringende Bitte aus, im Lande draußen diese Idee und damit den Flachbau zu unterstützen. Wir müssen fordern, daß mit dem Wohnungsbau auch ein klein bißchen Wohnungskultur getrieben wird. (Lebhafte Zustimmung.) Im übrigen dürfen wir uns nicht der Notwendigkeit einer starken Mietserhöhung verschließen. Das muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden, soll nicht die Gemeinwirtschaft im Bauwesen zusammenbrechen und die Miete ins Ungemessene steigern. Das wäre die Folge der freien Wirtschaft. Um aus dem Wohnungselend einigermaßen herauszukommen, brauchen wir in Deutschland jährlich 200 000 neue Wohnungen, was bei einer 35fachen Teuerung einen ungedeckten Aufwand von 34 Milliarden im Jahr bedeutet. Diese Summe ist unmöglich ohne eine beträchtlich erhöhte Wohnabgabe aufzubringen, die nach Auffassung des Ministers das dreifache der Friedensmiete betragen müßte. Ein Anzug, den man früher für 70 M erhielt, kostet heute 5000 M. Mit all diesen Erscheinungen im Wirtschaftsleben finden wir uns ab; nur eine Mietserhöhung soll nicht erträglich sein? Allzuviel Genossenschaften sind nicht erwünscht.

Ministerialrat Imhoff ging auf Einzelfragen ein. Der 10. Dezember wurde als Stichtag gewählt, um eine möglichst günstige Grundlage für die Berechnung zu haben. Es hält schwer, alle Unebenheiten auszugleichen. Wir vertreten den Standpunkt: Für die Bauperiode 1922 erhöhte Sätze, für 1921 bleiben die alten Sätze. An der Vereinfachung des Verfahrens für Baugesuche ist auch das Arbeitsministerium interessiert. Doch kann über ein gewisses Maß nicht hinausgegangen werden, zumal die Finanzierung der geplanten Bauten eingehender Prüfung bedarf. Unter dem Zwang der Verhältnisse ließ es sich nicht umgehen, der Industrie für die Zuwendung bedeutender Mittel zum Wohnungsbau einige Konzessionen zu machen. Die Aussprache fand ihren Abschluß mit der Annahme einer Entschließung auf Erhöhung der staatlichen Baudarlehen.

Herr Preiß-Karlsruhe beleuchtete als letzter Referent die Verhältnisse auf dem Baustoffmarkt, die er als trostlos bezeichnete. Die Teuerung und anormalen Witterungsverhältnisse machten es sonst unmöglich, Ware herauszubekommen. Auf der anderen Seite wird die Lage gekennzeichnet durch die Nachfrage und hohen Verbrauch. Die Baustoffbeschaffung leide auch darunter, daß es schwierig sei, mit den Syndikaten in ein erträgliches Vertragsverhältnis zu kommen. Vom Zementsyndikat wolle er, Redner, gar nicht reden. Der Bedarf an Ziegeln für 1922 ist gedeckt, sofern die erforderlichen Kohlenmengen geliefert werden können. Redner schloß mit dem dringenden Appell an die Genossenschaften, sich auf dem Gebiete der Baustoffbeschaffung enger zusammenzuschließen und den Syndikaten einen Block gegenüberzustellen. Mehr wie bisher sollten sich die Vereine der Gesellschaft für Baustoffbeschaffung bedienen, um so das Unternehmen im eigenen Interesse lebensfähig, d. h. kapitalkräftig zu erhalten.

In der Aussprache wurde auf die besonders mißlichen Verhältnisse auf dem Holzmarkt abgehoben und der Wunsch an das Finanzministerium geäußert, die Forstämter mögen bei der Abgabe von Rundholz die Genossenschaften bevorzugen, sofern ein annehmbares Angebot vorliegt. Auch wird an die Einsicht der waldbesitzenden Gemeinden appelliert.

Ministerialrat Imhoff erinnerte an die letzthin stattgehabten Verhandlungen im Landtagsausschuß über die wichtige Frage der Baustoffbeschaffung. Man war sich darüber einig, daß hier eine Aenderung eintreten muß. Aber das Wie ist schwer zu lösen. Das größte Uebel liegt darin: Kartellierung und Syndizierung der Produzenten und Zersplitterung der Verbraucher. Deshalb glaubte man vor zwei Jahren, die Interessenten, Staat, Gemeinden und Baugenossenschaften zu einer Gesellschaft zusammenzuschließen. Leider muß von den Genossenschaften gesagt werden, daß sie ihr Interesse nicht erkannt und sich nur schwach an der Baustoffbeschaffung beteiligt haben. Es ist der ausdrückliche Wunsch des Ministers, sie auf diese Unterlassung hinzuweisen und zu bitten, die Gesellschaft nunmehr tatkräftig zu unterstützen. Damit war die Aussprache beendet.

Es wurde noch folgender Entschließung einmütig zugestimmt:

„Der 10. Verbandstag sieht im Flachbau eine glückliche Lösung der Wohnungsfrage. Er bittet daher die Regierung, den Flachbau bei Vergebung von Baudarlehen zu berücksichtigen und Hochbauten nur ausnahmsweise innerhalb der Städte zuzulassen, sofern dort Baulücken auszufüllen sind, ferner auf die Städte einzuwirken, damit sie Baugelände für den Flachbau zur Verfügung stellen und für günstige Fahrgelegenheit Sorge tragen."

Direktor Zähringer erläuterte dann die neue Art der Mietzinsberechnung und warnte davor, die Miete mit der Wohnabgabe zusammenzuwerfen.

Das Wort wurde zu diesem Gegenstand nicht gewünscht. Nachdem noch einiges über die Grundsätze für die Wohnungsvergebung gesagt war, hatten die fast siebenstündigen Verhandlungen ihr Ende erreicht.

Aus der Mitte der Versammlung wurde dem Vorstand für seine Tätigkeit die volle Zufriedenheit ausgesprochen. Vorsitzender Direktor Zähringer schloß die Tagung mit dem Wunsche, daß die Arbeit der badischen Baugenossenschaften unserem Volke zum Segen gereichen möge.

Vom Wetter

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe.

Beobachtungen vom Montag, den 8. Mai 1922 (8 Uhr morgens M.E.Z.)

Ort	Luftdr. in NN mm	Temp. C°	Winde Richtg.	Winde Stärke	Wetter	Niederschlag d. letzten 24 Std.
Hamburg	773,5	14	WSW	leicht	wolkig	0
Danzig	770,8	14	WNW	leicht	wolkig	0
Berlin	—	—	—	—	—	—
Frankfurt	775,5	14	NNW	leicht	wolkig	0
München	775,[illegible]	13	WSW	leicht	wolkig	0
Kopenhag.	770,3	13	WSW	schwach	wolkig	0
Stockholm	762,7	11	SW	leicht	wolkig	0
Haparanda	758,5	2	SSO	mäßig	wolkig	1
Skudenes	766,8	8	W	schwach	wolkig	1
Valentia	771,8	—	NO	leicht	wolkig	1
Paris	774,3	14	—	still	heiter	0
Toulouse	772,0	14	—	still	wolkig	0
Zürich	774,9	9	O	leicht	wolkig	0
Wien	774,1	16	NW	schwach	wolkig	0

Beobachtungen badischer Wetterstellen morgens 7 Uhr

Luftdr. in NN mm	Temp.	Gestr. Höchst-Wärm.	Niedr. Temp. nachts	Winde Richtg.	Winde Stärke	Wetter	Niederschlag d. letzten 24 Std.
Wertheim Seehöhe 151 m							
—	8	20	5	N	leicht	wolkig	0
Königstuhl Seehöhe 563 m							
774,3	15	18	11	SO	leicht	wolkig.	0
Karlsruhe Seehöhe 120 m							
775,7	11	22	7	—	still	wolkig.	0
Baden-Baden Seehöhe 213 m							
775,0	11	21	3	NO	leicht	wolkig.	0

Allgemeine Witterungsübersicht.

Nach der starken Druckzunahme hat sich am Samstag ein sehr kräftiges Hochdruckgebiet über ganz Mitteleuropa ausgebildet. In seinem Bereiche herrscht seitdem heiteres und trockenes Wetter. Die damit verbundene weitere Erwärmung hat sich untertags auf 20 bis 22 Grad gesteigert und auch im Hochschwarzwald ist die Temperatur über 12 Grad gestiegen. Die Wetterlage bleibt beständig.

Wetteraussichten für Dienstag, den 9. Mai: Fortdauernd heiter, trocken, untertags warm.

Rhein-Wasserstände morgens 6 Uhr:

	8. Mai		7. Mai
Schusterinsel	2.30 m		2.45 m
Kehl	3.42 m		3.59 m
Maxau	5.69 m		5.81 m
"	— m	mittags 12 Uhr	5.81 m
"	— m	abends 6 Uhr	5.80 m
Mannheim	5.14 m		5.02 m

Abteilung Fische Laden links.
Schellfische mit und ohne Kopf,
Cabliau im Ausschnitt, **Seelachs.**
Rotzungen, Heilbutt im Ausschnitt,
Kieler Sprotten und Bücklinge,
Geräuch. Schellfische Pfd. Mk. 16.-
Riesenlachsheringe Pfd. Mk. 16.-
Hering in Gelee Pfd. Mk. 16.-
Russ. Kronsardinen Pfd. Mk. 20.-
Hans Kissel, Kaiserstr. 150
Papier oder Gefäße bitte mitzubringen.
Freie Zustellung; Prompter Versand.

Das echte Kasseler **Simons-Brot**
ist bestes Mittel gegen Zuckerkrankheit, Magen-, Darm-, Nierenleiden usw. Stets frisch erhältlich bei
H. Kissel, H. Munding.

Wir übernehmen
Dreh-, Fräß- Bohr- und Stanzarbeiten
sowie
Reparaturen von Elektro-Motoren.
Kamag G. m. b. H.
Karlsruhe i. B.

Abonnenten kauft bei Inserenten des „Karlsruher Tagblatts".

Bruchkranke
können ohne Operation u. Berufsstörung geheilt werden. Sprechstunde in Karlsruhe Hotel Sonne am 13. Mai von 9 bis 1 Uhr.
Dr. med. Knopf.
Spezialarzt f. Bruchleid.

Elektr. Kocher und Heizöfen
Warmwasserbereiter
Beleuchtungskörper
Emil Schmidt & Kons.
Kaiserstraße 209.

Das Beste
für die Wäsche ist und bleibt
Weibertreu-Seifenpulver
Hersteller:
Heilbronner & Co., Heilbronn a.N.

1 Waggon
Schlafzimmer
sehr preiswerte Zimmer
eingetroffen.
Maier Weinheimer
Karlsruhe
32 Kronenstraße 32.

Schnitt-Album-Lehrbuch
für Damen- u. Kinderkl. neu erfund. ges. gesch., zur Selbsterlg. o. Vorkenntn. üb. 500 Schnitte n. Maß Beschreib. m. portofr. zugesandt. Frl. Weber, Ausschneidesch., Karlsruhe B. Hirschstr. 28. Gegr. 1893.

Jalousie, Rolladen
Fabrikation.
Reparatur-Werkstätte.
W. Bäuerle
Rappurrerstraße 20.

Aus dem Stadtkreise

Zur goldenen Hochzeit des Geheimrats Dr. Hermann Fecht.

Am 11. ds. Mts. feiert Geheimrat Ministerialdirektor a. D. Dr. Fecht in Karlsruhe mit seiner Gattin, einer geborenen Keppler aus Konstanz, das Fest der goldenen Hochzeit. Als einem Badener und angesichts seiner bedeutsamen Wirksamkeit als deutscher Beamter im Reichsland, wohin er schon im Jahre 1876 berufen worden war (ein gutes Zeichen für den damaligen Stand der badischen technischen Verwaltung), gebührt es, gleichsam als Angebinde-Gruß zu seinem Jubelfeste, über seine Persönlichkeit und seine Verdienste einiges zu sagen. Fecht ist in Karlsruhe im Jahre 1844 geboren, der vielverzweigten Familie Fecht entstammend, aus der tüchtige Männer (Pfarrer, Lehrer und Beamte) hervorgegangen sind, u. a. auch Hebels Freundin. Die Berufung Fechts nach Straßburg war ein glücklicher Griff. Seine Begabung, sein Weitblick und die konziliante Art seines Auftretens verbürgten den Erfolg. Er gehörte zu jenen Regierungsbeamten, die am meisten beim Elsässertum erreichten, die mit tiefstem Pflichteifer und bestem Können ein anderes verbanden: Vornehme Zurückhaltung ohne Beamtenhochmut und Dünkel, dazu ein Verstehenwollen, also — wie bei aller Kulturarbeit und Erziehung — Klarheit und Festigkeit des Verstandes und Tiefe des Gemütes, Liebe. In erster Linie, und davon mag die Geschichte zeugen, war Fecht organisatorisch fruchtbar tätig. Er verstand es, die Untergebenen an den richtigen Platz zu stellen und ihr Interesse am Amt wachzuhalten, ohne Kleinlichkeit und verkehrte Sparsamkeit. Gegenüber der Bürokratie wahrte er energisch den Standpunkt des Technikers, dessen Bedeutung er hob durch Sachlichkeit und Leistung. Von Fecht war schon in den 80er Jahren die damals eine Neuheit darstellende umfangreiche Stauweiheranlage (Talsperre) bei Seven in den Vogesen geplant und angelegt worden, der andere folgten. Ein Neues war auch die Berechnung und Konstruktion der Staumauer mit ihrem Druckprofil, das der bedeutende Statiker Intze als mustergültig bezeichnet hatte. Die neueste Konstruktion kommt wieder auf die Fechtsche zurück. Auch Fechts Wirksamkeit als Leiter des Meliorationswesens (in Baden Kulturinspektion genannt) war ungemein vielseitig. Das Elsaß verdankt ihm die segensreichen Hoch- und Niederwasserkanäle, die der Landwirtschaft großen Nutzen brachten. Während das technische Schulwesen sowie die Einrichtung der Gewerbeschule durch Fechts Initiative und Pflege im Elsaß zur Blüte gebracht wurde, war die Kaiserliche technische Schule sozusagen sein eigenstes Werk. Mit Genugtuung und Stolz sieht selbst der Elsässer auf solche Verdienste. Unserem deutschen Ruhm wird es ohne Fanfare nutzen, wie so manche Tat im Elsaß, dessen sind wir gewiß. Die Universität in Straßburg ehrte Herrn Fecht im Jahre 1910 durch Verleihung des Titels eines Dr. h. c.

Im Jahre 1912 nahm Geheimrat Fecht nach reichem Erfolg seinen Abschied. Vollkommene körperliche und geistige Frische sind ihm zur Gunst geblieben. Auf die Abkunft vom Schwaben Keppler mag seine vortreffliche Gattin mit Recht stolz sein. Leid ist auch dem Jubelpaar — wie jeder Familie — nicht erspart geblieben. Bei aller berechtigten Festesfreude mag es mit stiller Wehmut an das Elsaß denken, wo es mit die schönsten Lebensjahre verbrachte. Eine Kulturaat aufgehen sehen, wie es die Jubilare vermögen — nennt es nicht Faust an seines Wirkens und Lebens Ende das begnadendste höchste Glück?

Geheimrat Fecht hat sich mit seiner Gattin nach seiner Verabschiedung Karlsruhe als Ruhesitz gewählt, wo sein einziger noch lebender Sohn als Mitinhaber der C. F. Müllerschen Hofbuchhandlung lebt. Damit ist das Paar in die alte badische Heimat zurückgekehrt, in der sein Name einen so guten Klang hat.

In freudigster Anteilnahme an dem hohen Ehrentage begrüßen wir das verehrte Jubelpaar. Wir wissen uns eins mit vielen unserer Leser und all denen, die, aus dem Elsaß herübergekommen, heute in Baden eine neue Heimat gefunden haben, wenn wir Geheimrat Fecht und seiner liebenswürdigen Gattin noch viele Jahre eines gemeinsamen gesegneten Lebensabends wünschen.

Die wachsende Teuerung.

Die Steigerung der Lebenshaltungskosten hat sich im April weiter fortgesetzt. Die vom Statistischen Reichsamt auf Grund der Erhebungen über den Aufwand für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung einer fünfköpfigen Familie berechnete Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten ist im April auf 3175 (sonach fast das 32fache gegenüber 1913/14) gestiegen. Der Vergleich mit dem Vormonat ist diesmal nicht ohne weiteres gegeben, da nach den Beschlüssen der statistischen Aemter wesentliche Aenderungen in der Berechnungsart der Teuerungszahlen für Monat April eintreten mußten, die auch eine Neuberechnung der Grundzahlen für 1913/14 nötig machten. Zugleich ist auch die Zahl der für die Berechnung der Reichsindexziffer herangezogenen Gemeinden von 48 auf 71 erhöht und eine neue Wägung der Teuerungszahlen der 71 „Eildienst"-Gemeinden vorgenommen worden, die den kleineren Städten ein angemesseneres Gewicht bei der Berechnung der Reichsindexziffer gibt. Berechnet man die Märzziffer nach der neuen Methode, so beträgt sie 2639 (gegenüber 2302 nach der alten Mode). Die Steigerung der Lebenshaltungskosten beträgt also von März auf April 20,3 v. H.

Wenig stärker als die Gesamtausgaben sind die Ernährungskosten gestiegen. Die Reichsindexziffer für die Ernährungskosten beträgt im Durchschnitt des Monats April 4356. Legt man auch hier für März die neuen Berechnungsvorschriften zugrunde, so ergibt sich für diesen Monat eine Ernährungsindexziffer von 3602 (gegenüber der alten von 3152). Die Kosten für die Ernährung sind sonach im Reichsdurchschnitt von März auf April um 20,9 Proz. gestiegen.

Zu der Erhöhung der Lebenshaltungskosten haben mehr oder minder fast alle Lebensmittel beigetragen. Wesentlich trug auch die Erhöhung der Zuschläge zu den Wohnungsmieten zu der Steigerung der Lebenshaltungskosten bei.

Im großen und ganzen zeigt diesmal die Teuerung in den größeren Städten einen stärkeren Steigerungsgrad als in den kleineren.

Berufswahl.

Die Verdienstmöglichkeiten, die sich in Industrie und Handel bieten, veranlassen einen großen Teil der schulentlassenen Jugend, manchen aussichtsreichen Handwerkerberuf nicht zu ergreifen. Diesem Umstand ist es wohl teilweise zuzuschreiben, daß der Zugang zum Gärtnerberuf ein verhältnismäßig geringer ist. Die ideale Seite des Gärtnerberufes ist zu allen Zeiten geschätzt worden. Er sollte jedoch nur von Leuten ergriffen werden, die einen finanziellen Rückhalt haben, um die Lehrzeit mit verhältnismäßig geringer Bezahlung durchhalten oder um sich später vielleicht selbständig machen zu können. Auch im Gärtnergewerbe ist die Ablegung einer Lehrlingsprufung Pflicht. Die Ausbildung sollte nur in anerkannten Lehrbetrieben erfolgen. Die Gemüsegärtnereien sind zurzeit gut beschäftigt. Die Aussichten für die Zukunft sind günstig. Ungünstiger liegen die Verhältnisse in der Landschaftsgärtnerei. Bei der verminderten Bautätigkeit sind Gartenanlagen selten. Hunderte von ehemaligen Ziergärten, die einstmals die Straßen schmückten, können bei den heutigen Verhältnissen nur kümmerlich unterhalten werden. Günstig sind im Gegensatz zur Landschaftsgärtnerei die Aussichten der Baumschulen, die ihre Aufträge nicht mehr bewältigen können. Weniger günstig sind die Topfflanzengärtnereien, im Volksmund irrtümlich Kunstgärtnereien genannt, beschäftigt, jedoch dürfen die Zukunftsaussichten in diesem Zweige der Gärtnerei hoffnungsvoll sein. Die Einrichtungen und der Betrieb einer Topfpflanzengärtnerei bedarf bedeutender Geldmittel.

Alles in allem ist der Gärtnerberuf ein Beruf, der seinen Mann ernährt und auch Aufstiegsmöglichkeiten bietet. Er sollte indessen nur von möglichst gesunden Leuten ergriffen werden, die witterungsfest sind und Liebe zur Natur haben. Für Blutarme ist dieser Beruf bei vernünftiger Lebensweise empfehlenswert. Ein Gärtnerlehrling sollte eine gute Schulbildung mit sich bringen, zeichnerische Fähigkeiten haben und auch künstlerische Veranlagung besitzen. Für junge Leute, die das Reifezeugnis einer Realschule besitzen, steht der Besuch der Gärtneranstalt Berlin-Dahlen offen und damit der Aufstieg zum Gartenbautechniker, Garten- oder Friedhofinspektor, Gartendirektor usw. Auch ehemaligen Volksschülern bieten verschiedene Fachschulen Fortbildungsmöglichkeiten. Allerdings liegt ein bedeutenderer Bedarf an Gartentechnikern usw. zurzeit nicht vor, da die botanischen Gärten usw. mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben und teilweise zu größter Sparsamkeit gezwungen sind. Rat und Auskunft erteilt das städtische Arbeitsamt, Karlsruhe, gestützt auf die fachkundige Mitarbeit der Berufsverbände.

(Na.)

Leibgrenadiertag.

Von den Sonderdrucken am Samstag und Sonntag, die sämtliche Hauptreden im Wortlaut enthalten, sind noch etwa 250 Stück für Sammelzwecke vorhanden. Sie können in Karlsruhe zu 1 *M*, von auswärts zu 1.50 *M* (einschl. Porto), bei unserer Expedition gekauft werden. (Bestellungen durch Postscheckkonto 9547 Karlsruhe.) Die Abgabe erfolgt in einem festen Umschlag. Wir glauben, damit einem Wunsche von vielen entgegenzukommen. Ein Neudruck ist ausgeschlossen.

*

Unsere Bilder im Schaufenster. Die Vorführung der neuesten Pelzmoden auf der Deutschen Pelzmodenschau 1922 in der Alberthalle zu Leipzig. Feierlicher Empfang des Kölner Männergesangvereins in Berlin durch Oberbürgermeister Böß und den Berliner Gesangverein. Zur 1000-Jahr-Feier der Stadt Quedlinburg am Harz. Ostpreußenfahrt von 100 Leipziger schwächlichen Schulentlassenen. Von der Konferenz in Genua. Die Beisetzung der von Armeniern ermordeten türkischen Staatsmänner Djemal Azim-Bei und Professor Dr. Behaeddin Chakir-Bei auf dem türkischen Friedhof in der Hasenheide zu Berlin. Von den olympischen Spielen für Damen in Monte Carlo. Zum Tode des Australien-Fliegers Sir Roß Smith. Beginn der Segel-Saison. Bayer. Meisterfinale in Augsburg. Wettlauf „Quer durch Berlin". Weltboxmeister Dempsey in Berlin. Im Segelboot über den Ozean.

Postkarten. Die für den inneren deutschen Verkehr zugelassenen nichtamtlich hergestellten Postkarten bis zur Größe von 15,7 : 10,7 Ztm. können jetzt auch im Verkehr mit Oesterreich verwendet werden.

Fünfzigjähriges Buchdruckerjubiläum. Aus Anlaß der fünfzigjährigen Berufstätigkeit des Geschäftsführers der Macklotschen Buchhandlung und Buchdruckerei, Direktor Ludwig Klingenfuß, hatte der Karlsruher Faktorenverein seine Mitglieder und Gäste zu einer Feier eingeladen, um das Jubiläum seines Mitgliedes zu begehen. In dankenswerter Weise hatten es Musikfreunde des Vereins übernommen, für den Abend eine Kapelle in den Dienst der Sache zu stellen, aber auch das Doppelquartett des Gesangvereins „Concordia" war bereitwilligst erschienen, um den Abend zu einem in jeder Hinsicht eindrucksvollen zu gestalten. Der Vorsitzende, Oberfaktor Seul, richtete an den Jubilar Worte der Anerkennung für sein Wirken, überreichte ihm eine Adresse und forderte zu einem dreifachen Hoch auf ihn auf; außerdem ließ der Verein dem Jubilar noch ein besonderes Angebinde zugehen. Herr Klingenfuß dankte für die vielen Ehrungen, die ihm zuteil geworden seien. Nunmehr wechselten prächtige Musikstücke der Kapelle unter Leitung des Herrn Beiler und herrliche Männerchöre des Doppelquartetts in harmonischer Folge ab. Oberfaktor Schumann dankte am Schlusse allen Mitwirkenden, besonders aber den Mitgliedern, durch deren Bemühungen ein solch gediegenes Programm zustande kommen konnte. So verlief auch dieser Teil des Jubiläums in der denkbar günstigsten Weise; er wird den Teilnehmern in angenehmer Erinnerung bleiben.

—n.

Die Feriensonderzüge. In den letzten Tagen fand hier eine von sämtlichen deutschen Eisenbahndirektionen beschickte Verkehrskonferenz zur Regelung der Bestimmungen von Fahrplänen für die im Sommer 1922 beabsichtigten Feriensonderzüge statt. Vorgesehen sind diese Sonderzüge nicht nur während der eigentlichen Ferien, sondern auch während eines längeren Zeitraums in den Sommermonaten. Die Züge sollen Norddeutschland, Mitteldeutschland und das Rheinland mit Süddeutschland und umgekehrt verbinden. Bayern will außerdem auch Sonderzüge zu ermäßigten Fahrpreisen von der Pfalz über Baden nach München führen. Die Gültigkeit der Rückfahrkarten für die Feriensonderzüge soll einen Zeitraum von 60 Tagen umfassen.

Karlsruhe—Herrenalb. Oberregisseur Lange ist es in seiner Eigenschaft als Kurkommissar in Herrenalb gelungen, bei der Direktion der Albtalbahn vorerst versuchsweise die Einlegung eines Abendzuges an Sonn- und Feiertagen ab 18. Juni ab Herrenalb 10.50 Uhr mit Anschluß an die Fernzüge nach Heidelberg, Frankfurt usw. zu erreichen. Von der Frequenz dieses Zuges hängt es ab, ob er zu einer dauernden Einrichtung werden soll. Dadurch wurde ermöglicht, daß das Schauspiel des Bad. Landestheaters in Karlsruhe im dortigen Kurtheater gastieren kann. Der bisherige Kursaal wurde nach Plänen von Emil Burkard mit neuer Bühne und Dekorationen versehen, auf der regelmäßige Gastspiele des Karlsruher Schauspiels und anderer benachbarten Bühnen stattfinden werden. Es ist eine seltene Gelegenheit für das Karlsruher Publikum, seine Sonntagsausflüge entgegen der bisherigen Gepflogenheit durch die günstige Bahnverbindung in das Albtal und zurück entsprechend auszudehnen, wodurch Karlsruhe und dem benachbarten Kurort Herrenalb die Möglichkeit engerer Fühlungnahme geboten wird.

Vom Verkehrswesen. Als die Franzosen nach Abschluß des Waffenstillstandes Elsaß-Lothringen besetzten, und die Verwaltung der bisherigen Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen übernahmen, wurde im März 1919 in Karlsruhe die Reichseisenbahnzweigstelle geschaffen, die die Sorge für die Unterbringung der aus Elsaß-Lothringen vertriebenen Reichseisenbahner und die Abwicklungsgeschäfte der ehemaligen Reichseisenbahnen übernahm. Nachdem der größte Teil der Geschäfte erledigt ist, wurde die Reichseisenbahnstelle aufgelöst, ihre Geschäfte gehen auf die Eisenbahn-Generaldirektion über. Eisenbahnminister Gröner hat aus diesem Anlasse in einem Erlasse den Männern gedankt, die als Beamte sich Verdienste um das Eisenbahnwesen in Elsaß-Lothringen erworben haben.

Verkehrssperren. Gesperrt ist Annahme von Frachtstückgut nach München-Gladbach, Ort und Umladestelle, sowie Eil- und Frachtgut (Stückgut und Wagenladungen an die Vulkanwerke Bahnhof Vulkan-Bredow.

Aufhebung des bayerischen Käseausfuhrverbotes. Nach Mitteilung des Reichsernährungsministers haben die soeben mit der bayerischen Regierung zum Abschluß gelangten Verhandlungen dazu geführt, daß die bayerischen Ausfuhrbeschränkungen für Milcherzeugnisse (vor allem Käse) vom 16. Juni d. J. ab in Wegfall kommen.

Bulach. Bei der Bürgermeisterwahl wurde der gemeinsame Kandidat der demokratischen Bürgerpartei und des Zentrums Zimmermeister Adolf Butz mit 33 Stimmen gewählt.

Mitteilungen des Bad. Landestheaters.

Die nächste Wiederholung von Ibsens „Peer Gynt" findet am Donnerstag, den 11. Mai im Abonnement B. 3 und unter Beteiligung des „Bühnenvolksbundes" mit den Nummern 1—100 und 2901—3000 statt. Am Samstag, den 13. Mai, geht Shakespeares „König Richard II." zum zweitenmal im Abonnement F. 3 in Szene, der „Bühnenvolksbund" nimmt mit den Nummern 2101—2300 teil.

Im städtischen Konzerthaus gelangt am Sonntag, den 14. Mai Lessings Meisterlustspiel „Mina von Barnhelm" zur Aufführung.

Für die „Volksbühne beginnt am Freitag, den 12. Mai, im Konzerthaus die Vorstellungsreihe des „Kaufmanns von Venedig" von Shakespeare.

Veranstaltungen.

Frühlingsfest und Sommertagszug im Stadtgarten. Nach einer alten Sitte wird der Einzug des Frühlings, das Wiedererwachen der Natur von eisigem Winterschlaf, durch fröhliche, blumenduftende Feste gefeiert. In vielen Städten sind die „Sommertagszüge" zu ständigen, den Frühling einleitenden Veranstaltungen geworden, die auch über die Stadtmauern hinaus Interesse finden. Karlsruhe hat im vorigen Jahre zum erstenmal den Sommertagszug übernommen und ihn im Stadtgarten mit schönstem Gelingen durchgeführt. Er ist ein altkurpfälzischer Brauch. Wer einen solch' buntfarbigen mit Kunstgeschmack zusammengestellten Umzug gesehen und vor allem die leuchtenden Kinderaugen geschaut hat, die ihm den wahren Glanz verleihen, dem geht das Herz auf ob der Lebenslust und Lebensfreude, die aus einem solchen Feste spricht. Lätare bringt sonst diese Feste, etwas reichlich früh, manchmal zu der Zeit, wo der harbeißige winterliche Geselle kalendermäßig oder tatsächlich noch auf dem Throne sitzt und der Lenz erst sein Reiseprogramm zusammenstellt. Nun er aber ins Land gezogen ist, wird er auch heuer ein „Frühlingsfest mit Sommertagszug" in unserem einzigartigen Stadtgarten, der einen ausgesuchten Rahmen dafür bietet, bescheren. Am nächsten Samstag soll es sein. 1200 Knaben und Mädchen, sinnbildlich geschmückt, sind die Träger der Idee. Allerhand Ueberraschungen und Eigenartiges bringen sie. Unter fröhlichen Weisen und mit lieblichem Singsang wandeln sie auf blumenumkränzten Pfaden vom Schwanensee zum Musiktempel, um dort ihre Gaben auszuschütten und ihrer „Maienkönigin" zu huldigen. Es wird ein Fest der Freude und des Frohsinns sein, das Jung und Alt mit Lust und Wonne füllt. Man beachte die Anzeigen.

Der Lehrer-Gesangverein gibt am Samstag, den 13. Mai, abends 7½ Uhr, im großen Saal der Festhalle sein diesjähriges zweites Konzert, dem der Gedanke einer Frühlingsfeier zugrunde gelegt ist. Das feinsinnig und mit großer Sorgfalt zusammengestellte Programm wird in den Männerchören und den Solovorträgen, wofür das beliebte Mitglied unserer Oper, Frau Hedy Iracema Brügelmann und das Hornquartett des Bad. Landestheaters gewonnen worden sind, dieser Absicht durchaus gerecht. Das Erwachen des Frühlings, die Freude an der wieder erstandenen herrlichen Natur, die Liebe zum deutschen Walde, der Liebesfrühling des menschlichen Herzens werden dem Hörer in reicher Abwechselung tiefe Eindrücke geben, eine Einheitlichkeit der Stimmung und eine innere Fröhlichkeit schaffen, die auch in einem Tanze ihre Befriedigung finden wird. Darum schließt sich an das Konzert eine Tanzunterhaltung an, die auch Nichtmitgliedern gegen Lösung einer besonderen Tanzkarte zugänglich ist. Man beachte die Anzeige.

Hebelfeier. Der Karlsruher Liederkranz veranstaltet heute abend 7¼ Uhr im Schloßgarten vor dem Denkmal des allemannischen Dichters wieder eine kleine Feier.

Germania-Sportfreunde. Die gesamten errungenen Ehrenpreise des Vereins sind beim Sporthaus Baier ausgestellt. Außerdem findet am 20./21. Mai das 35jährige Stiftungsfest statt, verbunden mit großen internationalen Wettkämpfen, wozu sich schon über 400 Teilnehmer gemeldet haben.

Rosé-Quartett. Heute Dienstag, 9. Mai, findet abends 7½ Uhr, im Eintrachtsaal der 5. Kammermusikabend der Konzertdirektion Kurt Neufeldt statt. Die beiden Hauptwerke des Programms sind: Das große Streichquartett in G-Dur von Schubert, op. 161, eine Glanznummer der „Wiener Roseleute" und das Es-Dur-Quartett von Reger, dessen neuartige Schönheiten sicherlich von keinem Streichquartet der Welt klangschöner geboten werden. Dazwischen steht ein „kleines" Beethoven-Quartett, das F-Dur, op. 135, das letzte der 16 Streichquartette. Das Finale dieses köstlichen Werkes „Der schwergefaßte Entschluß" ist von prächtigem Humor durchleuchtet. Der Roseabend dürfte einen der Höhepunkte der zu Ende gehenden Konzertzeit bilden. Karten bei Kurt Neufeldt und an der Abendkasse.

Kleinkunstbühne Rotes Haus. Sterne im neuen Programm sind, abgesehen von den Damen-Sternen, auch die Herren. In erster Linie Hans Kramer, der humor- und stimmbegabte Ansager, dessen sympathische und gewinnende Art unwiderstehlich ist. Die Herren hören es gern, wenn man ihnen dieses Epitheton ornans zugesteht. Der stürmische Beifall, den der beliebte Künstler auslöst, ist wirklich verdient. Er umgibt die einzelnen Vorträge mit einer wohligen Traulichkeit, die natürlich auf den ganzen Abend in günstigster Weise einwirkt. Eine weitere humoristische Größe ist Schorschl Rückert mit seiner unverwüstlichen Vortragsart. Wenn er im Kostüm des Nachtwächters von anno dazumal in den anheimelnden Melodien schwelgt, die so ins Ohr gehen, weil sie aus einer poetischeren Zeit stammen, dann ist rasch das da, was man Stimmung nennt. Beide tüchtige Kräfte sind daher mit Glück an diese Stätte zurückgekehrt. Als weiblicher Komiker ist Thilde Lechner, eine Wienerin, sie besteht darauf, so genannt zu werden, zu nennen. Ihr Vortrag ist ungemein zündend, weil sie nun einmal die Wienerische Gemütlichkeit in den Vordergrund stellt und einen Spaß zu machen versteht. Friedel Landing singt in der Krinoline recht anmutig und zierlich und weiß ihrem Vortrag den Reiz der Jugend zu geben. Das Gebiet des Tanzes ist Antye van Lair überlassen, die es nicht nur mit Routine, sondern auch mit Können beherrscht. Gute alte Schule des Spitzentanzes verbindet sie mit neuen Ideen, so daß im Verein mit ihrem rassigen Talent eine vortreffliche Gesamtleistung festzustellen ist. Da auch der Pianist Hug ein tüchtiger Mann vom Fach und ein ausgezeichneter Solist ist, kann man den lebhaften Besuch des Roten Hauses verstehen. Der allezeit auf Qualität bedachten Direktion der Gebr. Ritter ist dieser Erfolg auch zu wünschen.

Standesbuch-Auszüge.

Eheaufgebote. 6. Mai: Wilhelm Kiefer von hier, Tagl. hier, mit Mina Wachter von Wöschbach; Friedrich Stoll von hier, Kaufm. hier, mit Frieda Müller von Durlach-Aue; Otto Keller von hier, Pol.-Wachtmeister hier, mit Hedwig Thate Witwe von hier; Karl Vogt von Birkendorf, Verw.-Obersekr. in Bühl, mit Olga Ruch von hier; Max Stemplinger von Mahd, Steinhauer hier, mit Anna Frank Witwe von Förtha; Karl Grim von Ettlingen, Kaufm. in Bad Rheinfelden, mit Martha Fischer von hier, Dominik Kantz von Pforzh, Fab.-Arb. hier, mit Frieda Reitmair von hier; Franz Bechthold von Stollhofen, Wachtmeister hier, mit Paula Stritzner von hier; Josef Henle von Oeflingen, Pol.-Wachtmstr. hier, mit Anna Feil von hier; Hermann Schieni von hier, Telegr.-Praktikant hier, mit Hedwig Oesterle von hier; Oskar Westermann von hier, Installateur hier, mit Karolina Specht von Freiburg; Friedrich Dolde von hier, Schuhm.-Meister hier, mit Marie Bauer Witwe von Leipzig-Neustadt; Karl Rihm von Mingolsheim, Blechnermeister hier, mit Alice Bernhard von Tramelau; Hermann Förster von hier, Maschinist hier, mit Rosa D'Andrea von Niedermorschweiler; Frdch. Karl Metz von Staufen, Oberrevisor in Pforzheim, mit Helene Jacobi von Heidelberg; Karl Dimpfel von hier, Schlosser hier, mit Rosa Weineich von hier; Theodor Richter von hier, Kaufm. hier, mit Luise Schäfer von Maulbronn.

Geburten. 3. Mai. Margarete Josefine Maria, Vater Bernh. Bachmann, Kaufm.; Gertrud, Vater Friedrich Pfer, Sattler; Isaak Elias, Vater Abe Friedmann Kaufm. — 5. Mai: Ilse Hildegard, Vater Karl Ochs, Schlosser; Albert, Vater Ludwig Schneller, Bahnarbeiter; Katharina Elisabeth, Vater Wilhelm Grünert, Kanzleigehilfe. — 6. Mai: Edeltraud Luise, Vater Edmund Feil, Hauptlehrer.

Todesfälle. 4. Mai: Hildegard, alt 7 Monate 3 Tage, Vat. Joh. Kastner, Bahnarb. — 5. Mai: Anna Becker, Privat., ledig, alt 69 Jahre; Josefine Rothenacker, alt 59 Jahre, Witwe von Albert Rothenacker, Oberrechn.-Rat; Elsa, alt 9 Monate 25 Tage, Vater Eugen Groh, Masch.-Former; Elisabeth, alt 2 Jahre, Vater Rudolf Böttcher, Pol.-Wachtmeister; Theodor Graf, Zimmermann, Ehemann, alt 37 Jahre; Amalia Kunz, alt 79 Jahre, Witwe von Adam Kunz, Eierhändler; Amalie Brunner, Haushälterin, ledig, alt 44 Jahre. 6. Mai: Christina Reeb, alt 66 Jahre, Witwe von Ludwig Reeb, Gartenwächter; Jul. Lichtenwalter, Tagl., Witwer, alt 59 Jahre; Karl Lohmele, Schuldiener, Ehemann, alt 60 Jahre; Theodor Betz, Privat., Witwer, alt 79 Jahre; Justina Woerner, alt 78 Jahre, Witwe von Wilh. Woerner, Schlosser. — 7. Mai: Julie Täubert, alt 76 Jahre, Witwe von Jakob Täubert, Schlosser.

Beerdigungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Dienstag, den 9. Mai. ½12 Uhr: Theodor Betz, Privat., Kriegstr. 75, Feuerbestattung. — ½3 Uhr: Julie Täubert, Schlossers-Witwe, Augartenstr. 33. — ¼4 Uhr: Justine Woerner, Schlossers-Witwe, Hauptstr. 34.

Amtliche Nachrichten

Ernennungen, Versetzungen usw.

Aus dem Bereiche des Landesfinanzamts Karlsruhe.

Präsidialgeschäftsstelle.

Zurruhegesetzt:

Obersteuerinspektor Kränkel in Eberbach und die Obersteuersekretäre Rüdin in Singen und Schmalz in Heidelberg.

Tagesanzeiger.

Dienstag, den 9. Mai 1922.

Bad. Landestheater. „Der Freischütz." 7 bis gegen 10 Uhr.

Eintracht. Rosé-Quartett. 7½ Uhr.

Karlsruher Liederkranz. Hebelfeier. 7¼ Uhr im Schloßgarten.

Colosseum. Bauerntheater. 8 Uhr.

D.V.P. Mitgliederversammlung. 8 Uhr. Brauerei Schrempp, Waldstr., Saal III.

Kaffee-Kabarett Mozart. Neues Programm.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Wirtschafts- und Handels-Zeitung

Letzte festgestellte Kurse im Freiverkehr.

(Eigener Drahtbericht.)

Frankfurt, den 8. Mai (abends).

Belgien	2460	Schweiz	5740
Paris	2710	London	1320
Neuyork	297	Italien	1570
Holland	11400		

Tendenz: abgeschwächt.

*

Die Arbeitslosigkeit der Welt.

Unter den Denkschriften, die die deutsche Delegation in Genua der Konferenz vorgelegt hat, befindet sich auch eine über „die Erwerbslosigkeit der Welt, ihre Wirkungen und ihre Bekämpfung". Mit einer Fülle von Zahlen und graphischem Material wird darin nachgewiesen, wie die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge zerrissen sind, weil die Valuten auseinanderklaffen und wie als Folge dieser Nachkriegserscheinung allgemeines Arbeitselend herrscht. Beginnen wir mit Deutschland. Wir haben 200 000 unterstützte Erwerbslose. Das ist nicht viel! In Deutsch-Oesterreich ist die Zahl der Arbeitslosen im Verhältnis zur Bevölkerung noch viel geringer. Aber jeder weiß, daß dies kein Glück ist. Die Beschäftigung in der durch das Exportfieber überheizten Industrie bedeutet für die Arbeiter und für das gesamte Volk in Wahrheit wachsende Verarmung. Die Nominallöhne steigen, aber der Goldwert des Einkommens verringert sich. Das Elend wird mit jedem Monat größer. Wer den angeblichen deutschen Wohlstand nicht in Ausländer- und Schieberhotels, sondern in den Proletariervierteln und beim sinkenden Mittelstand studiert, weiß Bescheid. Nun aber zu den valutastarken Ländern: In den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist nach einer neuesten Meldung aus Washington die Zahl der Arbeitslosen infolge des Streiks in den Kohlengruben auf 3 800 000 gestiegen. In England sieht es nicht besser aus. Die Schweiz leidet fürchterlich. In Dänemark ist ein Fünftel der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter unbeschäftigt. (Vor dem Kriege waren es ein Zwanzigstel.) Wir folgen wieder der deutschen Genua-Denkschrift, die sich auf den Vorarbeiten des Internationalen Arbeitsamtes aufbaut: In Norwegen waren vor dem Kriege 2—3 v. H. der Arbeiter erwerbslos. Heute 17 v. H.! Schweden zählt heute 29 v. H. Arbeitslose. (Vor dem Kriege 4—5 v. H.) In Europa ohne Rußland gibt es heute 4 Millionen Erwerbslose. Das sind ungefähr 6—8 mal so viel als in den durch ihre Wirtschaftskrisen verschrienen Friedenszeiten vor 1914. Auf dem Erdball schätzt man zurzeit mindestens 10 Millionen Menschen, die Arbeit suchen und keine finden. Rechnet man die Familien mit, so sind es 30 Millionen Münder, die Unterstützungsbrot essen. Natürlich kommen diese 30 Millionen für den Konsum, der über den dringendsten Lebensbedarf hinausgeht, nicht mehr in Betracht. Für sie wird nichts produziert, was das Leben etwa bequemer macht. Also nicht nur die Löhne fallen aus — man schätzt sie seit dem Waffenstillstand in Europa auf 25, in den Ländern der Erde auf 60 Milliarden Goldfranken — sondern es entsteht auch ein ungeheurer Schaden durch Ausfall der Produktion. Er wird für Europa auf 30—40, für die Länder der Welt auf über 100 Milliarden Goldfranken veranschlagt. 100 Milliarden Goldfranken aber sind das Dreißigfache der Reparationsleistungen, die man zurzeit jährlich aus Deutschland herauszupressen sucht! Die deutsche Denkschrift vergleicht die Arbeitslosigkeit mit einer Seuche, die den Keim der Ansteckung und immer weiteren Ausbreitung in sich trägt. „Jeder Erwerbslose zieht, wenn nicht Abhilfe geschaffen wird, andere Erwerbslose nach sich. Lawinenartig schwillt das Uebel an und droht Wohlstand und Kultur der Menschheit zu begraben." Wie soll nun Abhilfe geschaffen werden? Die Erwerbslosenunterstützung ist keine Abhilfe. Die Denkschrift verlangt Maßnahmen, die den Arbeitslosen Arbeit bringen. Die Arbeitsvermittlung ist zwar nach dem Kriege bedeutend verbessert worden. Aber der internationale Arbeiteraustausch ist wiederum durch die Valutaschwierigkeiten gehemmt. Es gilt, die Wanderungen zu organisieren und zu finanzieren. Es gilt, Arbeitskleidung, Arbeitsgerät, Reisegeld, Umzugsbeihilfen zu beschaffen. Die deutschen Sozialgesetze müssen auf diejenigen Arbeiter erstreckt werden, die unter amtlicher Organisation im Auslande Verwendung finden sollen. Ihnen sollte auch die Kranken- und Unfallversicherung nach deutschem Recht zugute kommen. Das entscheidende Mittel zur Behebung der internationalen Arbeitslosigkeit aber ist und bleibt der Ausgleich der Währungen. Wir haben für alle diese Dinge Sachverständige in Genua, und diese werden hoffentlich in den einzelnen Kommissionen ihre Stimme zur Geltung bringen. Vom Reichsarbeitsministerium gehören Geheimrat Dr. Wiegert und Regierungsrat Dr. Berger der deutschen Delegation an. Diese Herren werden dafür zu sorgen haben, daß die deutsche Denkschrift in Taten umgesetzt wird.

Allgemeine Wirtschaftsfragen.

Aufhebung des Kennzeichnungszwanges für Waren.

Wie die Telegraphenunion erfährt, ist die Aufhebung der Verordnung über den Kennzeichnungszwang von Waren demnächst zu erwarten. Bezüglich der Durchführung der vom Reichswirtschaftsrat geforderten Mitteilung der Kleinhandelspreise seitens des Herstellers an den Kleinverkauf beabsichtigt die Regierung an die großen Verbände heranzutreten und sie zur Durchführung aufzufordern. Es ist zu erwarten, daß eine Reihe von Verbänden sich dazu freiwillig bereit erklärt, wie z. B. die Seifenindustrie, die nicht unter die Verordnung fällt und ähnliches bereits durchgeführt hat. Von dem Erfolg dieser Maßnahme wird es abhängen, ob etwa ein Zwang ausgeübt werden soll. Allgemeine Fragen des Lebensmittelhandels wird ein Gesetz über den Verkehr mit Lebensmitteln regeln, dessen Entwurf bereits in Bearbeitung ist.

Mannheimer Produktenbörse.

K. **Mannheim**, 8. Mai.

Die Unsicherheit hinsichtlich der Fortsetzung der Konferenz in Genua und die dadurch neuerdings eingetretene Festigkeit auf den Devisenmärkten, löste auch auf dem Produktenmarkte eine feste Tendenz aus. Die Geschäftstätigkeit läßt aber keine Zunahme erkennen; im Gegenteil, man ist im Einkauf recht vorsichtig und die Abschlüsse, die getätigt werden, erstrecken sich meistens auf Deckungen des notwendigsten Bedarfs. Die Angebote in Auslandsweizen waren wenig verändert, man nannte Redwinter oder Kansas II, Western, per Juli-Aug. abladbar, mit 14½ hfl. die 100 kg, Cif Rotterdam. Roggen per Mai-Juli-Lieferung mit 13½ und per Juli-Aug. mit 12.90 die 100 kg, Cif Rotterdam. Hafer, Clipped, war zu 10.90 und per Mai-Juni verschiffbar zu 10.80 hfl., Cif Rotterdam am Markte. In Inlandsweizen blieb das Geschäft ebenfalls klein. Man verlangte für prompte Lieferung 1625 M. für die 100 kg, bahnfrei Mannheim, während die angelegten Preise sich zwischen 1595 bis 1600 M., frei Waggon Mannheim bewegten. Für Roggen verlangte man 1200 M., ab rheinischen Stationen. Gerste lag bei behaupteten Preisen fest, die Forderungen für württembergische Gerste lauteten 1415—1420 M. für je 100 kg, ab württembergischen Stationen, wogegen die Forderungen für in Mannheim greifbare Gerste auf 1440—1450 M. die 100 kg, bahnfrei Mannheim lauteten. Hafer war zu 1250 M. die 100 kg, ab badischen Stationen angeboten. Für Mais, Mixed, rheinschwimmend, verlangte man 9 hfl., Cif Mannheim und für Natal I und II gemischt, 9.70 hfl. die 100 kg, Cif Mannheim. Für in Mannheim disponiblen Mixedmais lauteten die Forderungen zwischen 10.30—10.40 M. die 100 kg, bahnfrei Mannheim. Futtermittel hatten ziemlich unveränderten Verkehr, obwohl die Preise höher lauteten. Malzkeime und Biertreber nannte man mit 830 M. die 100 kg, ab München. Trockenschnitzel 790 M. die 100 kg, ab Frankenthal. Kleie mit 825—830 M. die 100 kg, ab süddeutschen Mühlenstationen. Mehl war von den Mühlen zu unveränderten Preisen angeboten und zwar zu 2100 Mark, für Basis 0 die 100 kg, ab süddeutschen Mühlenstationen. Die Forderungen der zweiten Hand lauteten bei gleichen Bedingungen auf 1875 bis 1900 M., bei sofortiger Lieferung. Für Nachmehl forderte man 1050—1100 M. und für Futtermehl 1000—1050 M. die 100 kg, ab süddeutschen Mühlenstationen. Roggenmehl, sofort lieferbar, stellte sich auf 1325 M die 100 kg bezahlt. Hülsenfrüchte lagen fest, bei erhöhten Preisen, man forderte für Victoriaerbsen 1600 M., grüne Erbsen 1400 M., weiße Jugo-Bohnen 1350 M. und für Linsen 2200—2300 M. für die 100 kg, ab Mannheim, Mainz oder Frankfurt a. M.

Amtl. Notierungen: Mais, gelb 1050—1075, Weizen, loco 1600, Hafer 1275, Roggen, loco 1175 bis 1200, Braugerste 1425, Erbsen, inl. 1200—1450, Wiesenheu 560, Preßstroh 240—260, gebundenes Stroh 240—260, Reis, inl. 1600—2000 mit Sack. Tendenz: unverändert.

Börse - Handel - Industrie - Gewerbe.

Frankfurter Börse.

w. **Frankfurt a. M.**, 8. Mai. Die Tendenz war zu Wochenanfang bedeutend besser. Der Devisenmarkt verkehrte in den Morgenstunden in fester Haltung.

Der Dollar notierte 299—301. Wenn der Blick gegenwärtig auf die Kursgestaltung auf dem Devisenmarkt gerichtet ist, so hat das seine Gründe. Es fanden bei reger Geschäftsentwicklung verschiedene Effektenpapiere weiter größere Beachtung. So war bereits bei der Eröffnnug größere Nachfrage für Auslandspapiere ,wobei man wieder die Beobachtung machen konnte, daß in Türkenwerten, vereinzelt in Oesterreichisch-ungarischen Prioritäten, wenn auch bei schwankender Haltung sich ein lebhaftes Geschäft entwickeln konnte. Türkenlose anziehend. Oesterreichische Goldrente besonders lebhaft. Im freien Verkehr trat eine mäßige Befestigung ein. Man nannte u. a.: Benz mit 510, Elberfelder Kupfer 585, Brown Boveri bei lebhaften Umsätzen 370—380. Kasseler Faß 3025. Deutsche Petroleum blieben zu 2100 gesucht. Lombardprioritäten setzten 380, Oesterreichische Staatsbahn 1340, plus 165 Proz. ein. Der Montanaktienmarkt eröffnete in fester Haltung. Es trat teilweise eine Erholung ein. Es gewannen bei erster Notiz Oberbedarf 11, Riebeck 40, Rheinstahl 50, Gelsenkirchen, Harpener, Deutsch-Luxemburg folgten langsamer. Am Markte der chemischen Aktien wurden auf Rückkäufe Anilinwerte höher bezahlt. Nur Griesheim und Scheideanstalt um 25 Prozent erhöht. Elektrische Papiere waren zunächst befestigt. A.E.G. schwankend. Von sonstigen Industrieaktien Hirsch-Kupfer bei größeren Umsätzen anziehend. Auch Daimler recht befestigt. Maschinenfabrik Karlsruhe gaben 20, Eßlinger gegen ihre letzte Notiz mit 912 18 Prozent nach. Auch heimische Anleihen und 3proz. Reichsanleihe niedriger 5½ Prozent 128. 3proz. preußische Consols 74, minus 3¼. Die Geschäftstätigkeit auf dem Einheitsmarkt für Industriepapiere war ruhig und uneinheitlich. Spiegel und Spiegelglas höher. Angeboten sind Chamotte Annawerk, Celluloid Wacker. Die Börse schloß bei allgemein ruhigem Geschäft und schwankender Haltung. Privatdiskont 4½ Proz.

Berliner Börse.

w. **Berlin**, 8. Mai. Unter dem Druck von politischen Beklemmungen, wozu pessimistische Meldungen aus Genua und französischen und englischen Pressestimmen den Anlaß gaben, herrschte im heutigen Börsenverkehr im allgemeinen große Lustlosigkeit. Industriepapiere setzten gleichwohl vorwiegend 5 bis 20 Prozent höher ein, weil die beträchtliche Steigerung der Devisenkurse, die mit Käufen der Industrie erkärt wurden, eine feste Stimmung hervorrief. Einige Werte des Montanmarktes wie Laurahütte, Phönix, Rheinische Braunkohlen und von Elektrizitätsaktien Accumulatorenfabrik stellten sich beträchtlich höher. Laurahütte büßten aber im Verlauf den anfangs erzielten Gewinn wieder ein. Lebhaftes Geschäft entwickelte sich lediglich in türkischen Werten auf Auslandlkäufe. Türkenlose erzielten eine Besserung von 140 M. Auch ungarische Gold- und Kronenrente beträchtlich höher bezahlt. Schifffahrtsaktien fest bei kleinen Besserungen. Bankaktien behauptet und Valutapapiere im Zusammenhang mit der Devisensteigerung höher bewertet. Im Verlaufe bewirkte die Geschäftsstille und ein leichtes Abbröckeln der Devisenkurse ein Abbröckeln des Kursstandes der Industriepapiere. Anfängliche Gewinne blieben nur zum geringen Teil erhalten. Der Anleihemarkt entbehrte im allgemeinen der Anregung. Der Kursstand war wenig verändert. Preußische Konsols gaben etwas nach.

Viehmarkt in Karlsruhe. Amtl. Bericht vom 8. Mai. Es wurde bezahlt für 50 kg Lebendgewicht:

Ochsen, vollfleischige, ausgemästete, im Alter von 4—7 Jahren 2650—2800 M.; junge, fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 2500 bis 2650 M.; mäßig genährte junge und gut genährte ältere 2400—2500 M.

Bullen, vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtwertes 2500—2600 M.; vollfleischige, jüngere 2400—2500 M.; mäßig genährte junge und gut genährte ältere 2300—2400 M.

Kühe und Färsen, gut entwickelte Färsen 2650 bis 2800 M.; mäßig genährte Färsen 2450—2650 M.; gering genährte Kühe 1650—1750 M.

Kälber, mittlere Mast- und beste Saugkälber 2700—2800 M.; geringere Mast- und gute Saugkälber 2600—2700 M.; geringere Saugkälber 2550 bis 2600 Mark.

Schweine, vollfleischige von 120—150 kg Lebendgewicht 2800—2900 M.; vollfleischige von 100—120 kg Lebendgewicht 2700—2800 M.; vollfleischige von 80—100 kg Lebendgewicht 2600—2700 M.; vollfleischige unter 80 kg Lebendgewicht 2550—2600 M.; Sauen 2500—2550 Mark.

Zufuhr 296 Stück: Ochsen 21, Bullen 30, Kühe 11, Färsen 31, Kälber 17, Schweine 196 Stück.

Tendenz: langsam. Der Markt wurde nicht geräumt.

Viehmarkt in Mannheim. Amtl. Bericht vom 8. Mai. Es wurde bezahlt für 50 kg Lebendgewicht:

Ochsen, vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes, die noch nicht gezogen haben (ungejocht) 2800—2950 M.; vollfleischige, ausgemästete, im Ater von 4—7 Jahren 2600—2750 M.; junge, fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 2300—2500 M.; mäßig genährte junge und gut genährte ältere 1700—2000 M.

Bullen, vollfleischige, ausgemästete Färsen, höchsten Schlachtwertes 2400—2650 M.; vollfleischige jüngere 2100—2350 M.; mäßig genährte junge und gut genährte ältere 1750—2000 Mark.

Kühe und Färsen, vollfleischige, ausgemästete Färsen, höchsten Schlachtwertes 2800—2950 M.; vollfleischige, ausgemästete Kühe, höchst. Schlachtwertes, bis zu 7 Jahren 2500—2650 M.; ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 1600—2000 M.; mäßig ernährte Kühe und Färsen 1200—1500 M.

Kälber, feiste Mastkälber 2900—3050 M.; mittlere Mast- und beste Saugkälber 2700—2800 M.; geringere Mast- und gute Saugkälber 2600—2700 M.; geringere Saugkälber 2400—2500 M.

Schafe, Mastlämmer und jüngere Masthammel 1800—2050 M.; ältere Masthammel, geringere Mastlämmer und gut genährte Schafe (junge) 1700 bis 1850 M.; mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 1600—1700 M.; Mastlämmer 1550—1600 M.; geringere Lämmer und Schafe 1500—1600 M.

Schweine, Fettschweine über 150 kg Lebendgewicht 3100—3200 M.; vollfleischige von 120—150 kg Lebendgewicht 3000—3100 M.; vollfleischige von 100—120 kg Lebendgewicht 2950—3050 M.; vollfleischige von 80—100 kg Lebendgewicht 2800 bis 2900 M.; vollfleischige unter 80 kg Lebendgewicht 2750—2850 M.; Sauen 2700—2850 Mark.

Zufuhr: Ochsen 110, Bullen 72, Kühe und Färsen 468, Kälber 280, Schafe 39, Schweine 265 Stück.

Tendenz: Marktverlauf mit Großvieh mittelmäßig geräumt, mit Kälber ruhig, langsam geräumt, Schweinen mittelmäßig, ausverkauft, und mit Schafen lebhaft, ausverkauft.

Wertpapier- und Devisenmarkt

Frankfurter Kursnotierungen:

	5. Mai	8. Mai
Badische Bank	540.—	540.—
Darmstädter Bank	306.—	304.—
Deutsche Bank	595.—	598 50
Diskonto Commandit	437.—	436.—
Dresdener Bank	320.-	318.—
Mitteld. Creditbank	272.-	270.—
Oesterr. Länderbank	185.—	180.—
Pfälzische Bank	50 25	49.75
Rheinische Creditbank	267.—	265.—
Südd. Diskonto-Ges.	—.—	327.—
Wiener Bankverein	66.75	62.50
Württbg. Notenbank	—.—	540.—
Ottomanbank	—.—	—.—
Bochumer Gußstahl	—.—	—.—
Gelsenkirchen	970.—	995.—
Harpener	1760.	1815.
Laurahütte	2100.	2200.
Aschaff. Zellstoff	858.-	870.—
Grün & Bilfinger	689.—	605 ex
Zementw. Heidelberg	820.—	803.—
Bad. Anilin	730.—	735.—
Scheideanstalt	985.—	1010.
Höchster Farben	672.—	682.—
Chem. Fabr. Mannheim	—.—	—.—
Deutsch Uebersee	—.—	—.—
Elektr. Licht u. Kraft	460.—	451.—
Gebr. Junghans	558.—	555.—
Adler & Oppenheimer	1500.	1520.
B. Masch. Badenia	—.—	540.—
Maschfabr. Durlach	800.—	899.—
Maschfabr. Gritzner	1780.	1730.
Haid & Neu	800.—	790.—
Maschfabr. Karlsruhe	850.—	840.—
Oberursel	—.—	—.—
Schlinck & Co.	—.—	—.—
Schuhfabrik Herz	500.—	501.—
Elsässer Baumwolle	1060.	1070
Spinnerei Ettlingen	—.—	1395.
Uhrenfabr. Furtwang.	—.—	—.—
Waggon-Fabrik Fuchs	679.—	670.—
Zellstoff Waldhof	850.—	851.—
Zuckerfabr. Waghäusel	881.—	901.—
Zuckerfabr. Frankenth.	860.—	885.—
Benz Motoren	505.—	505.—
Mannh. Versich.-Ges.	—.—	—.—
Rütgers-Werke.	822.—	833.—

Berliner Kursnotierungen:

Festverzinsl. Werte	5. Mai	8. Mai
5% I Dtsch. Schatzanw	—.—	—.—
5% II „ „	99 90	100.—
5% III „ „	100.—	100.—
4½ IV—V „	87 60	87.90
4½ VI—IX „	73.25	73.25
4½ 1924er „	96.75	96.90
5% Deutsch. Reichsanl.	77.50	77.50
4% „ „	93 50	92.50
3½% „ „	86.50	86.—
3% „ „	129.90	129.—
Deutsche Prämienanl.	82.70	83.—
5% Pr. Schatzanw. 1921	—.—	—.—
4% Pr. „ 192	99.90	99.90
4% Preußische Konsol	84.—	82 50
3½% „ „	69.75	68 60
3% „ „	76.—	75.—
4% Bad. Staatsanl. 08/14	78.—	78.—
Eisenbahn-Aktien		
Schantungbahn	469.—	490.—
Gr. Berl. Straßenbahn	—.—	—.—
Baltimore	860.—	930.—
Prinz-Heinrich-Bahn	—.—	—.—
Orientbahn	—.—	—.—
Schiffahrts-Aktien		
Argo Schiffahrt	1560.	1558
Deutsch-Australien	468.—	470.—
Hamburger Paketfahrt	401.—	390.—
Hambg.-Südamerika	665.—	690.—
Hansa D.-Schiffahrt	352.—	373.—
Norddeutscher Lloyd	312.—	312.50
Bank-Aktien		
Berliner Handelsges.	528.—	530.—
Darmstädter Bank	306.—	304.—
Deutsche Bank	600.—	600.
Diskonto-Commandit	438.—	438.—
Dresdener Bank	324.—	324.-
Nationalbank	309.—	305.—
Oesterr. Credit	94.87	95.—
Reichsbank	212.—	212.25

Industrie-Papiere	5. Mai	8. Mai
Accumulatoren	961.—	997.—
Adlerwerke	500.—	501.—
Alexanderwerke	500.—	500.—
A. E. G.	665.—	650.—
Aluminium	—.—	—.—
Anglo Continental	1650.	1690.
Augsburg-Nürnberg	1170.	1175.
Badische Anilin	715.—	735.—
Bergmann Elektrizität	661.—	699.—
Berl. Anh. Maschinen	742.—	714.—
Berliner Maschinen	1170.	1195.
Bing Nürnberg	535.—	530.—
Bismarckhütte	2400	—.—
Bochumer Guß	1055.	1045.
Gebrüder Böhler	—.—	2412.
Brown-Boveri	—.—	—.—
Buderus Eisen	780.—	785.—
Chem. Griesheim	795.—	810.—
Chem. Albert	1710.	1710.
Daimler Motoren	450.—	450.—
Dessauer Gas	580.—	561.—
Deutsch-Luxemburg	963.—	967.—
D. Eisenbahn S. W.	805.—	800.—
Deutsch Erdöl	2105.	2102
Deutsches Kali	1780	1755
Deutsche Waffen	1385	1405
Deutsch Eisenh.	561.—	570.—
Dynamit Trust	650.—	662.—
Elberfelder Farben	684.—	682.—
Eschweil. Bergwerke	778.—	740.—
Feldmühle Papier	750.—	818.—
Felten & Guilleaume	800.—	790.—
Filter Brautechnik	2340	2260
Gaggenau	770.—	790.—
Gasmotoren Deutz	—.—	690.—
Gelsenkirchen	1000.	991.—
Genschow	620.—	620.—
Goldschmidt	855.—	855.—
Gritzner Maschinen	1800.	1800.
Hannover Maschinen	3100	3000.
Hannover Waggon	775.—	696.—
Harpener	1780.	1770.
Hasper Eisen	—.—	—.—
Hirsch Kupfer	645.—	659.—
Höchster Farben	658	671.—
Hösch Eisen	1250	1200.

	5. Mai	8. Mai
Hohenlohe	820.—	801.—
Kali Aschersleben	1100.	1052.
Maschfabr. Karlsruhe	800.—	820.—
Ver. Köln.-Rottweil	782.—	790.—
Kostheimer Cellulose	660.—	640.—
Kyffhäuser	500.—	531.—
Lahmeyer Co.	385.—	410.—
Laurahütte	2130.	2175.
Lindes Eismaschinen	1150.	1162.
Ludwig Löwe	1050.	1035.
Lothringer Zement	850.—	835.—
Mannesmann.	1260.	1260.
Oberschl. Eisenb.-Bed.	852.—	865.—
Oberschl. Eisenindustr.	719.—	708.—
Oberschl. Kokswerke	1310.	1225.
Orenstein & Koppel	1020.	1020.
Phönix Bergwerke	1090.	1105.
Rheinisch Metall	445.—	460.—
Rheinisch Stahl	1060.	1031.
Rombacher Hütte	540.—	536.—
Rütgerswerke	820.—	838.—
Sachsenwerke	510.—	530.—
Schuckert & Co.	610.—	590.—
Siemens & Halske	929.—	925.—
Sinner Brauerei	650.—	660.—
Steaua Romana	—.—	—.—
Stettiner Vulkan	1351.	1392.
Stollberger Zink	1100.	1055.
Türkischer Tabak	—.—	—.—
Varziner Papier	765.—	770.—
Vereinigt. D. Nikel	1051.	1050.
Vereinigt. Glanzstoff	2750.	2720.
Vereinigt. Stahl Zypen	3800.	3700
Wanderer Fahrrad	1705	1699
Westeregeln Alkali	1630.	1600.
Zellstoff Waldhof	851.—	851.—
Otavi Minen	—.—	—.—
Otavi Genuß	—.—	—.—
Deutsche Petroleum	2075.	2075.
Pomona	—.—	13000.
Kollmar & Jourdan	1175.	1030.

Devisennotierungen:

w. Frankfurt, 8. Mai.

	6. Mai Geld	6. Mai Brief	8. Mai Geld	8. Mai Brief
Antwerpen-Brüssel	2422.50	2427.50	2517.40	2522.60
Holland	11026.4	11048.6	11600 80	11624 20
London	1283.20	1285.80	1342.60	1345.40
Paris	2644 80	2650 20	2747 20	2752.80
Schweiz	5606 80	5618 20	5824 10	5835 90
Spanien	4520.40	4529.60	4685.30	4694.70
Italien	1543.40	1546.60	1593 40	1596.60
Lissabon	—.—	—.—	—.—	—.—
Dänemark	6143.80	6156 20	6393.60	6406 40
Norwegen	5344 60	5355.40	5594.50	5605 50
Schweden	7467.50	7482.50	7717.20	7732.80
Helsingfors	—.—	—.—	—.—	—.—
Newyork	289 20	289.80	300.—	300.50
Wien (altes)	—.—	—.—	—.—	—.—
Deutsch-Oesterr.	3.39	3.41	3.49	3.51
Budapest	37.46	37.54	37.21	37.29
Prag	554.40	555.60	576.90	578.10

w. Berlin, 8. Mai.

	6. Mai Geld	6. Mai Brief	8. Mai Geld	8. Mai Brief
Rotterd.-Amsterd.	11111.	11138.	11535.55	11564.45
Brüssel	2436.95	2443.05	2476.90	2483 10
Christiania	5403.20	5416.80	5642.90	5657.10
Kopenhagen	6167.25	6182.75	6401.95	6418.05
Stockholm	7470 65	7489.35	7715.30	7734 70
Helsingfors	609 20	610 80	642.15	643 85
Italien	1560.50	1564 50	1578.—	1582.—
London	1290.85	1294.15	1329.30	1332.70
Newyork	290.13	290.87	297.12	297.88
Paris	2671.65	2678.35	2691.60	2698 40
Schweiz	5632.95	5647.05	5717.80	5732.20
Spanien	4519.30	4530.70	4599.45	4610 80
Wien (altes)	—.—	—.—	—.—	—.—
Deutsch-Oesterr.	3.43	3.47	3.58	3.62
Prag	554 30	555.70	578.75	580.25
Budapest	37.35	37.45	38.15	38.25
Lissabon	—.—	—.—	—.—	—.—
Bulgarien	214.70	215 30	219 70	220 30
Buenos-Aires	104 85	105 15	107.72½	108 02½
Japan	139.—	140.—	140.25	141.25
Rio de Janeiro	40.94	41.06	41.44	41.56

Abenddevisen

Frankfurt, 8. Mai.

Brüssel	2460	Paris	2710
Holland	11400	Italien	1570
London	1320	Neuyork	297
Schweiz	5740		

Tendenz: abgeschwächt.

w. Zürich, 8 Mai.

	6. Mai	8. Mai
Holland	198.75	198.60
Deutschland	1.79	1.71
Wien	006¼	006⅜
Prag	10.—	9.27½
Paris	47.45	47.07½
London	23.—	22.98
Italien	27.75	27.45
Brüssel	43.50	43.15
Budapest	0.67½	0.67
Newyork	517.50	517.75
Agram	1.85	1.90
Warschau	0.12¾	0.13
Kopenhagen	110.—	110.25
Stockholm	133.75	133.50
Christiania	96.50	96.50
Madrid	80.40	80.40
Buenos-Aires	183.—	187.—
Belgrad	—.—	—.—

Devisenkurse im Freiverkehr

Mitgeteilt durch das Bankhaus Straus & Co., Karlsruhe.

	(a) vorbörsl.	(b) nachbörsl.
Holland	112—117	112½—115
Schweiz	5550—5900	5690—5790
Paris	2680—2770	2690—2730
Belgien	2450—2550	2460—2500
London	1300—1360	1300—1330
Neuyork	293—305	295—300
Italien	1560—1620	1560—1580
	Tendenz schwankend.	Tendenz: ruhig.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg